

# DEUTSCHE BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäder und Verfassungslosen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 23), Magistrat 6.

Offizielles Organ  
der Central-Kreis- und Sterbe-Kasse der Bäder und Verfassungslosen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

**Verbands-Mitglieder!** Die Organisation ist die Waffe zur Erfüllung menschenwürdiger Existenzbedingungen; sie ist der Schutzwall gegen die Unterdrückungsgelüste unserer reaktionären Innungsmeister, deshalb bezahlt pünktlich und regelmäßig Eure Beiträge und werbet unablässig neue Kämpfer für den Verband, damit unsere Organisation nach innen und außen gestärkt werde.

## Was lehren uns unsere diesjährigen Lohnkämpfe?

Das Frühjahr 1905 hat für unseren Verband mehr wie alle seine Vorgänger den Charakter eines Kampfjahrs, denn Lohnbewegungen und Streiks in 23 Bezirken, an denen die Kollegen aus mehr als 40 Orten beteiligt waren, eine solch große Zahl von Lohnkämpfen hatte unser Verband noch in keinem Jahre zu verzeichnen. Diese große Zahl von Lohnkämpfen wird begründet durch das Wachstum der Organisation wie sind wir auf Grund der Reaktion der tatsächlichen Verhältnisse der Überzeugung, daß die Zahl der Kämpfe in den nächsten Jahren nicht geringer werden wird, sondern sie wird und muß sich noch bedeutend erhöhen. Die nächsten Jahre werden uns noch viel mehr Lohnkämpfe bringen und das ist erfreulich, denn höchste Zeit war es schon lange, daß auch unsere Kollegen überall ausgerüstet und dem Verbände zugeschaut werden, um durch denselben ihre so traurigen, gegenüber den Arbeitern anderer Berufe noch so sehr rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern, diese menschenwürdiger zu gestalten!

Noch ringen wir in vielen Städten und Gegenden um die Beseitigung des veralteten Bevormundungssystems, des Kapital- und Logiswesens beim Arbeitgeber. Noch schwere Kämpfe und eine Spanne Zeit von 4 bis 6 Jahren dürfen wohl noch erforderlich sein, um in allen Groß- und Mittelstädten dieses System auszurotten und an Stelle der freien Bevormundung und Kontrolle der Arbeitgeber mehr wirtschaftliche Freiheit für die Arbeiter des Bädergewerbes zu erringen! Und schon erschallt immer stärker der neue Kampfruf:

„Ein freier Tag in der Woche!“

Auch diesen erst nur in einzelnen Großstädten mit gut geschultert und starker Mitgliedschaft den widerstreitenden Arbeitgebern abzuringen, das wird noch außerordentlich schwere und opferreiche Kämpfe erfordern, gar nicht daran zu denken, was dann erst dazu gehören wird, den freien Tag in der Woche überall durchzuführen und dann an die Verkürzung der mörderisch langen täglichen Arbeitszeit heran zu geben.

Unsere Organisation ist also auf dem besten Wege, Kampfsorganisation zu werden, wobei nicht vergessen werden darf, daß die Einführung der Unterstützungszweige ihr gut Teil mit dazu beitragen, unsern Verband zu einer erfolgreichen Kampfsorganisation zu machen.

Wenn wir aber wissen, daß uns für die kommende Zeit sehr viel Kämpfe bevorstehen, so wird diese Frage noch recht oft in unserem Nachblatt erörtert werden müssen, und vor allen Dingen werden wir aus den bisherigen Kämpfen noch sehr viel lernen müssen!

Wir sagen wohl nicht zu viel, wenn wir die leider traurige, trotzdem aber wahre Behauptung ausspielen, daß die Korporationen unserer Gegner, die Innungen und besonders deren Führer, aus den bisherigen Lohnkämpfen viel mehr gelernt haben, als dies von unseren Mitgliedern und besonders von vielen unserer örtlichen Führer zu konstatieren ist. Während man bei den Innun-

gen beobachten kann, wie dieselben bei den Lohnkämpfen jede Unregung und jede Anordnung ihres Generalsekretärs Dr. Weißhal — der sich doch sicher nicht mit großen Erfahrungen bei Lohnkämpfen brüsten kann — unbesehen zur Ausführung bringen und es verstehen, sofort bei Beginn von Lohnkämpfen Vollmacht für alle Fälle und für jede Handlung in die Hände des Innungsvorstandes zu legen, und man muß demgegenüber beobachten, wie in unseren Reihen selbst um die notwendigsten Regeln der Disziplin etabliertes Feilschen in Sitzungen und Versammlungen entsteht, wie auch jedes dahergelaufene Großmaul, das kaum einige Wochen dem Verbande angehört oder noch außerhalb der Organisation steht und von der Führung von Lohnkämpfen keine Ahnung hat, aber den größten Beifall findet, wenn es entgegen den Mahnungen der tufig erwähnten erfahrenen Führer zum sofortigen Loszögern, zur Arbeitsniederlegung auffordert oder etwa bei Verhandlungen erreichte akzeptable Zugeständnisse als zu winzig hinstellt, dann muß man sagen: Viel, sehr viel haben unsere Mitglieder noch zu lernen und sie müssen sich Vertrauen zu ihren Führern in solch schwierigen Situationen aneignen, wenn sie nicht wollen, daß durch derartige Zwischenfälle für sie die günstigsten Situationen in das Gegenteil verwandelt werden! Das die längere Zugehörigkeit zum Verbande ohne Zweifel den Mitgliedern auch mehr Schutz im Rechte, mehr Vertrauen zu ihren Führern bringt, das benötigt schon die Tatsache, daß in den Sitzungen und Versammlungen in allen Städten, wo es sich dorum handelt, zu entscheiden, ob Annahme der Zugeständnisse oder Arbeitsniederlegung, immer gerade die älteren langjährigen Mitglieder von vornherein dem tufig erwähnten Führer zustimmen, und mit die jüngeren Mitglieder eine förmliche Streitwut an den Tag legten. Letztere standen eben noch nirgends auf dem Grundsatz, daß ein wagerer Vergleich besser ist als ein seiter Prozeß und eine Einigung nach akzeptablen Zugeständnissen besser, als ein opferreicher Streit!

In den Reihen des Germania-Verbandes hat sich im letzten Winter eine Wandlung vollzogen, wie man sie früher gar nicht für möglich gehalten hätte, die aber eine Folge unserer früheren Lohnkämpfe und der schweren Schäden ist, welche diese den beteiligten Meistern zugefügt haben. Nach dem Verhalten der Innungsführer in diesem Jahre steht es zweifellos fest, daß deren Sitzung des Gesamtvorstandes vom Germania-Verband in Berlin beschlossen und die Direktive ausgegeben hat, daß die Meister nirgends mehr, wie das früher hiess die Regel war, Verhandlungen mit den Gesellen wegen deren Forderungen brüsk ablehnen sollen, sondern sie sollen mit den Gesellenabschüssen und auch mit Verbandsvertretern über die Forderungen verhandeln. Dieser Beschluss ist allein schon ein bedeutender Erfolg unserer Organisation, denn dadurch wird dieselbe offiziell von den Innungen als Vertreterin in der Gesellschaft anerkannt. Und hiergegen hatten sich die Herren in früheren Jahren mit allen mit denkbaren Mitteln gesträubt!

In jener Sitzung muß auch den Innungen weiter empfohlen sein, sich nicht mehr grundäßig gegen jede Beseitigung von Post und Wohnung im Hause des Meisters

zu stemmen und den Gesellen im Punkte Lohnforderungen ziemliches Entgegenkommen zu zeigen, das haben uns die Verhandlungen überall gelehrt. — Aber auf eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit sollen sich die Innungen nach jenen Beschlüssen nirgends einlassen, dagegen erkennen sie jetzt überall die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 (Maximalarbeitsstag) an und versprechen deren strikte Einhaltung. (Wenn die Herren nun wieder auf ihren Verbandsstagen Resolutionen gegen den Maximalarbeitsstag beschließen — was sicher geschehen wird — dann werden wir ihnen diese Anerkennung des Maximalarbeitsstages bei den Lohnbewegungen um die Ohren schlagen!)

In jener Sitzung muß auch die Parole ausgegeben sein, sich nirgends auf den Abschluß von Tarifen vor dem Gewerbegericht einzulassen und Verträge nur zwischen Innung und Gesellen ohne fremde Mitwirkung, solche aber auch bei Leibe nicht auf bestimmte Zeit abzuschließen. — Letzteres kann uns nur angenehm sein, denn es sichert unserer Organisation die Bewegungsfreiheit und bindet sie nicht auf eine bestimmte Zeit an das Nebeneinkommen! Es ist auch sicher vorauszusehen, daß in dieser Beziehung die Meister sich recht bald ändern und ihrerseits bestimmte Festlegung der Verträge auf eine gewisse Zeit verlangen werden!

Das man aber noch ein gefindes Grauen vor dem Begriff „Tarifvertrag“ in jenen Kreisen besitzt, zeugt von so kindlicher Naivität, daß sie uns nur ein Lächeln abringen kann. Die Herren — mit Ausnahme von München und Regensburg — fürchten vorläufig Tarifverträge noch wie das Feuer und bedenken dabei nicht, daß die mit ihnen getroffenen Nebeneinkommen, wenn diese beim Gewerbegericht als ordentliche Lohn- und Arbeitsbedingungen niedergelegt, beponiert sind, so ungefähr daselbe Bedeutung, wie vor diesem abgeschlossenen Tarifverträgen!

Das man hierin ganz plausibel nach den in der Germania-Vorstandssitzung in Berlin gesetzten Beschlüssen vorging, finden wir auch bestätigt durch eine Neuersetzung des Herrn Schöfer (Münchener Obermeister) auf der Vorstandssitzung der bayerischen Bäckermeisterverbände am 19. Juni in München, welcher die in dieser Beziehung „in Berlin aufgestellten Thesen“ betracht. Tiefe sollen dort lebhaft besprochen worden sein und habe man bedauert, daß so viele Innungsführer noch nichts davon wußten.

Letzteres mag zutreffend sein, denn die Dresdener und Nürnberger Innungsmacher haben in den Lohnbewegungen ganz andere Bahnen eingeschlagen, als ihre Kollegen aller übrigen Städte, aber die Ausnahmen bestätigen eben nur die Regel, und diese ist, daß überall die Arbeitgeber ganz plausibel nach den in Berlin aufgestellten Thesen bei den Lohnbewegungen vorgingen!

Und diese Tatsache ist leider von unseren Kollegen noch viel zu wenig beachtet worden. In unseren Lohnbewegungen und besonders in deren Vorbereitungen muß noch mehr Plausibilität Platz greifen; die Kollegen einer einzelnen Stadt dürfen sich nicht immer dem Glauben hingeben, daß bei ihnen die Verhältnisse ganz anders geartet seien, als in anderen Städten und deshalb der Gegenkampf der Meister auch anders wie in anderen Städten ausfallen würde.

Nein, auf jener Seite wird allgemein nach ganz bestimmten „Thesen“ vorgegangen und daraus müssen wir unsere Lehren ziehen!

Wohl haben wir den Abschluß von festen Verträgen in 12 von diesen 23 Bezirken erreicht (außerdem noch in 2 Bezirken Verträge mit den Grossabrisen); in 3 Bezirken sind durch die Streiks ganz nennenswerte Vorteile erzielt worden und in 2 Bezirken ist ohne Streik und ohne zu handelskommen eines Vertrages durch den Vogelzus

Mehrzahl der Meister zum Bewilligen der Forderungen gebeten worden. Das sind 17 Bezirke mit sehr günstigem Abschluß des Lohnkampfes während in 2 Bezirken die Bewegung fortgesetzt und in 4 Bezirken der Kampf noch nicht beendet ist. Aber für unsere nächste Kampfperiode muß weit mehr Planmäßigkeit auch in unseren Reihen geschaffen werden!

### Der Genossenschaftstag in Stuttgart.

In den Tagen vom 19. bis 23. Juni fanden hier der zweite ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die erste ordentliche Generalversammlung der Großkonsumgesellschaft deutscher Konsumvereine statt. Bedeutungsvolle Abstimmungen, auch für unsere Gewerkschaftsbewegung; das zeigt allein schon der Umstand, daß neben einer Reihe namhafter Gewerkschafter Vertreter dreier gewerkschaftlicher Zentralverbände (Bäder, Handlungsgesellen und Lagerhalter) und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an ihnen teilnahmen.

Die Großkonsumgesellschaft und der Zentralverband deutscher Konsumvereine verkörpern in sich die beiden großen Zentralorganisationen der modernen Geschäftsausübung. Die Großkonsumgesellschaft ist die ältere von beiden Organisationen. Sie wurde im Jahre 1894 gegründet. Ihre Aufgabe besteht darin, den Warenbezug der deutschen Konsumvereine zu organisieren und damit die Grundlage für die genossenschaftliche Eigenproduktion zu schaffen. Dieser ihrer Aufgabe bei die Großkonsumgesellschaft bisher in weiterem Maße entsprochen. Ihr Umsatz bewegt sich von 341 471 M. im Jahre 1894 auf 26 445 888 Mark im Jahre 1903 und 33 229 405 im Jahre 1904. Während sie bei ihrer Gründung nur mit 47 Genossenschaften in Verbindung stand, beträgt die Zahl der an die Großkonsum gesetzten Vereine zurzeit 364, der mit ihr gleichzeitig arbeitenden 1366.

Entprechend dieser gewaltigen Steigerung ist der gewerblichen Tätigkeit und auch ihre sozialem Eigentum und ihre Errichtungen gewachsen. Sie verfügt zurzeit über ein großes Zentrallager in Hamburg und über Warenlager in Berlin, Chemnitz, Düsseldorf-Eppendorf, Mannheim und Düsseldorf; in Hamburg unterhält sie weiter eine eigene Rechtsabteilung, die im Jahre 1904 nicht weniger als 727 760 Pflegemann-Rohstücke verarbeitete, gegen 341 025 Pflegemann im Jahre 1903. Ein wichtiger Schritt zur Durchführung der Eigenproduktion ist bereits gemacht worden, indem schon vor Jahresfrist mit den Betriebsräten zur Errichtung einer gross angelegten Seidenfabrik in Wien an der Elbe begonnen worden ist. Dem genossenschaftlich-jüdischen Verhalten des Alten Reiches und des Kreisgessetzes des Kreises Calbe ist es zu danken, daß das Projekt noch nicht zur Durchführung gekommen ist und die ganze Sache noch im Stadium der Vorbereitungen und Vorbereitungen befindet. Die Sache lebt darin durch diese Bereitstellungen der Gewerkschaftsgäger immer zu verhindern. Dazu gesellt wird die gewerkschaftliche Seidenfabrik, kommt der Geschäftsführer Lorenz in Stuttgart unter dem großen Beifall der Genossenschaften erleden, mögen die Gewerkschaftsgäger dagegen machen was sie wollen.

Doch die Großkonsumgesellschaft auch jetzt schon eine starke Stütze der gewerkschaftlichen Produktion ist, betrifft ihr ehemaliger Umsatz produzierungsmaßgeblicher Erzeugnisse. Im letzten Jahre bezog sie das auf über 639 650 Mark gegen 497 000 M. im Jahre 1903. Damals entfallen allein 261 200 M. auf die Lebendwarenzulieferer, 64 300 Mark auf die Norddeutsche Kontrollabrechnungsgesellschaft, 25 650 M. auf die Produktionsgenossenschaft der Schneider, 19 700 M. auf die Gewerkschaftsgesellschaft Chemnitz, — Produzierungsstädtische, die ihre Säfte ausstauschen in den gewerkschaftlichen Gewerkschaft verbinden. Auf der Generalversammlung der Großkonsumgesellschaft in Stuttgart wurde von zahlreichen Gewerkschaften nachdrücklich betont, daß man die gewerkschaftliche Eigenproduktion nicht als bisher vorbereitet sieht. Es wurde dann nach besprochen, die vorausgesagte Rückverteilung zu Ende von 3 Pfennige auf 2½ Pfennige zu erneutigen, die dadurch erzielten 11 000 M. sollen zur Bildung eines Fonds für Eigenproduktion bestimmt werden. Herausgehoben wurde dabei, daß die 14 000 M. ein Jahr früher Grundstock seien, das über die Saison hinaus in die Hände der Räte des Provinzialrats übergehen. Zur überigen tragen die Verhandlungen der Generalversammlung der Großkonsumgesellschaft einen mehr geistiglichen Charakter.

Großes Interesse für uns hatten auch die vorangegangenen Verhandlungen des zweiten oberländischen Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der nach dem bekannten Quell auf dem Generalversammlung in Stuttgart im Jahre 1903 in Dresden gehaltene Zentralverband deutscher Konsumvereine hat nach mindestens der letzten Zeit eines Reichtums neid erkannt. Er rezipierte in Stuttgart die eigentliche interneste Fortschrittsbewegung. Endtag des Jahres 1904 zählte der Zentralverband 555 Vereine; davon berichtete zur Statistik 518 mit 450 916 Mitgliedern und 148 Millionen Mark Umsatz. Ende 1903 war die Zahl der Betriebsvereine auf 655 erhöht. Der Standort berichteten 629 mit 55 449 Mitgliedern und einem Umsatz von 176 12 Millionen Mark. Ende des Jahres 1904 waren 760 Betriebsvereine vorhanden, insgesamt 725 mit 619 588 Mitgliedern und einem Umsatz von 262 1/2 Millionen Mark zur Statistik berichtet. Später führt das Statistik bereits 801 Vereine in neuen Betriebsvereinen. Dieses letzte Resultat und die Aussicht einer gelehrten Zukunft der konsumvereinischen Arbeit stellt die Sache vor die Frage, wie Konsumvereinisation weiter voranzubringen und zu fördern, damit sie allen an die gewünschte Ausweitung eintrete; es werden zweimal. Es bietet hierfür bei der Generalversammlung des Zentralverbandes bestätigt, in Fortsetzung mit dem Besuch der Freie auf Eröffnung der Generalversammlung der Gewerkschaften und der neuen Gewerkschaften zu drücken und die Konsumvereinisation einer einheitlichen Organisationsrichtung zu unterordnen.

Während für uns seit der Zeit 5 der Zentralversammlung die Errichtung einer Unternehmensstelle für die in den Gewerkschaften und Betrieben des Zentralverbandes befindlichen Gewerkschaften wichtiger geworden ist als je zuvor. Die im Zentralverband vereinigte Gewerkschaften bedienten am Jahresende 1904 nicht weniger als 251 Parteien. Der Freie gegen Gewerkschaften und Arbeit-

Unterstützungsanstalten, wie überhaupt vorbildliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen, muß das Hauptbestreben der modernen Genossenschaften sein. Bereits der erste Genossenschaftstag in Hamburg hatte sich mit der Errichtung einer Unterstützungsstelle beschäftigt; dem zweiten Genossenschaftstag in Stuttgart wurde von einer zu dem Zwecke eingesetzten Kommission ein Statutenentwurf für eine solche Stelle unterbreitet, der auch mit großer Mehrheit unverändert zur Annahme gelangte. Danach soll die Invaliden- und Altersunterstützung nach fünfjähriger Mitgliedschaft 20 Prozent des Durchschnittseinkommens, für welches Beiträge gezahlt werden, betragen, dann soll der Prozentzahl jährlich um 2 Prozent steigen, so daß nach zehnjähriger Mitgliedschaft 30 Prozent des Durchschnittseinkommens erreicht werden. Dann soll der Prozentzahl jährlich mit um 1 Prozent steigen, so daß nach 10-jähriger Mitgliedschaft der Höchstbetrag von 60 Prozent des Einkommens erreicht wird. Invalidengeld soll nur dann gewährt werden, wenn die Arbeitsfähigkeit um mindestens 50 Prozent herabgesunken ist. Das Altersgeld soll gezahlt werden bei mindestens 65 Jahren oder nach 10-jähriger Mitgliedschaft. Außerdem soll Witwen- und Waisenunterstützung gezahlt werden; sie soll im Höchstbetrag aber nur Dreiviertel dessen betragen, was der verstorbenen Chemana zu erhalten gehabt hätte. Der Beitrag zur Stelle soll obligatorisch für alle Angestellten und Arbeiter sein. Als Beitrag soll 6 Prozent des Gehaltes gezahlt werden, und zwar je zur Hälfte vom Angestellten und dem Verein; für Neufälle ist die Erhöhung des Beitrags bis zu 10 Prozent des Gehaltes vorgesehen. Mit großem Nachdruck wurde vom Repräsentanten A. v. Elm auf die moralische Pflicht der Genossenschaften, eine solche Unterstützungsstelle zu errichten, hingewiesen. Er bezeichnete es als die Aufgabe der Genossenschaften, der Welt, in der heute noch den Egoismus die größte Rolle spielt, zu zeigen, was durch Solidarität und durch den Zusammenhalt der Freiheit möglich ist. Die Aufgabe ist schwierig, sie wird aber gelöst werden, wenn wir uns als Genossenschaften gelehrt, die hohe soziale Aufgabe eintun und mit allen Kräften zur Durchführung zu bringen.

Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete Punkt 6 der Tagesordnung: Die weitere Entwicklung des genossenschaftlichen Arbeitsschutzes. Hierzu wolle ich das Repräsentat des Verbandssekretärs Faermann-Hanau-Hamburg ausführlich bringen. Besiehe führt aus:

Der Hamburger Genossenschaftstag beschloßte sich in dem Punkt 10 seiner Tagesordnung mit dem kollektiven Arbeitsvertrag mit den in Gewerkschaften des Zentralverbandes beschäftigten Personen. Das Anhören an diesen Punkt der Tagesordnung bestrengte der Vorstand des Zentralverbandes eine mit dem Vorstand der Lagerhalter getroffene Vereinbarung, bestrengte die Erfassung von Sozialgarantien in Halle von Streitigkeiten, zum Beispiel zu erheben. Der Antrag des Verbands wurde einstimmig angenommen. Die Reaktion ist abgedruckt im Jahrbuch des Zentralverbandes 1904, Seite 159–160. Der Beschluss sieht es den Gewerkschaften enthebt, von Fall zu Fall Schiedsgerichte zu errichten, aber solche beizustehen einzulegen. Letzteres ist in dem Verband jüdischer Konsumvereine und in dem rheinisch-westfälischen Verband gegeben. Es ist nur eine geringe Anzahl von Fällen, in denen die Schiedsgerichte in Tätigkeit getreten sind, zu meiner Kenntnis gekommen. Es ist wahrscheinlich, daß über jeden Fall von der betreffenden Genossenschaft dem Sekretariat Vertrag ertheilt und eine Abkürzung des Urteils zu den Akten des Sekretariats gegeben wird, damit der Sekretär den Gewerkschaftsingen eine Übersicht über die Tätigkeit der Schiedsgerichte vorlegen kann. Zu den Verhandlungen mit dem Vorstand des Lagerhalterverbandes war mir leider nichts der Antrag, daß die Zeit für weitergehende Vereinbarungen bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lagerhalter noch nicht gekommen sei.

Im Laufe des vergangenen Jahres ist nun jedoch seitens des Vorstandes des Zentralverbandes der Handlungsgesellen und Gehilfen an unserer Front herangetreten mit dem Antrag, allgemeine Grundätze für die Arbeitsbedingungen der handelsmäßigen Angestellten der Vereine und Gewerkschaften zu vereinbaren. Die Verhandlungen sind von dem Antrag begleitet gewesen, daß der Vorstand des Zentralverbandes denkbar leichtvereinbar zu diesem Antrag folgenden Antrag stellt:

Der zweite ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes beschließt Versammlung vom 19. bis 21. Juni 1905 in Stuttgart beschließt:

Nur die handelsmäßigen Angestellten der Vereine und Gewerkschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind geeignete Einrichtungen als nach Lage der Sache hierfür tauglicher und angemessen zu bezeichnen:

Nur die Ladenangestellten: Acht-Uhr-Ladenfolge.

Nur die Kost- und Lagerangestellten: eindrücklicher Arbeitstag.

Nur familiäre Angestellten: Arbeitszeit am Sonn- und Feiertag; jährlich eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Gehalts; Anstellung und Bezeichnung familiärer Angestellten durch den Verein. Das sollte militärischer Lebensweise Fortzahlung des Gehalts bis zu sechs Monaten.

Die Erfassung eines Angestellten kann nur unter folgenden Verhältnissen erfolgen:

- bei beschäftigter Betriebsänderung des Personals, wobei anzugeben die zuletzt eingesetzten Personen der in Betracht kommenden Kategorien zu entlösen sind;
- bei Errichtung von nicht als direktionärem Leder;
- bei wichtiger persönlicher Unbefriedigung.

Die gleichlichen Erfassungsgründe (§ 72 des H.G.) werden, soweit sie nicht durch b eingeholt sind, durch die vorliegenden Verhältnisse nicht berührt.

Sollte bei Verhandlungen zwischen handelsmäßigen Angestellten und Betriebung erstmals die Hinreichung der Betriebsänderung der Gewerkschaft misslingen, so ist diese jedoch der Betriebsänderung als der vollberechtigten Verhandlung für die Interessen der Angestellten anzuerkennen und derselben mit ihr zu verhandeln.

Bei Verhandlungen zwischen handelsmäßigen Arbeitsträgern und dem Betriebsherrn des Handlungsgesellenverbandes um eine neue durch den Zentralverband beschaffte Tagesordnung zu beziehen. Das Recht der Betriebsänderung der Betriebsvereine, einschließlich aus freien Mitgliedern und gewerkschaftlich organisierte einzelne Vereine für handelsmäßige Arbeiten einzustellen, wird hierdurch nicht bestreikt.

Soviel günstigere Arbeitsbedingungen bereits bestehen, unterliegen diese durch die vorliegenden Bedingungen keiner Einschränkung.

Bei Durchführung dieser Bestimmungen sind die örtlichen Verhältnisse in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Der Antrag ist in aller Händen und auch bereits in Nr. 9 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ zum Abdruck gebracht. Die Diskussion wird ergeben, wie sich die Genossenschaften unseres Verbandes dazu stellen. Daß diese Grundsätze ein erstrebenswertes Ziel bezeichnen, kann von keiner Seite bezweifelt werden. Ihre Durchführung wird in vielen Vereinen allerdings erst nach und nach erfolgen können. Der Schlussatz ist der Ausdruck des von dem Vorstand des Handlungsgesellenverbandes gegebenen Versprechens, nicht auf eine rigorose Durchführung der vorliegenden Grundsätze zu dringen, sondern auch den praktischen Bedürfnissen der Genossenschaften Rechnung zu tragen. Ich bemerke noch, daß sowohl der Vorstand des Verbandes der Handlungsgesellen, wie der Vorstand des Zentralverbandes der Aussicht waren, daß es noch nicht möglich sei, weitergehende Vereinbarungen, nämlich solche über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse, zu treffen, da hierfür allgemeine Normen noch nicht aufgestellt werden können. Die Regelung aller sonstigen Angelegenheiten einschließlich der Lohnverhältnisse, bleibt der örtlichen Vereinbarung überlassen.

Wie Sie wissen, wurde ferner auf dem Genossenschaftstag in Hamburg mit dem Verband der Bäcker ein Lohn- und Arbeitstarif vereinbart. Dieser Tarif ist von einer Anzahl der in Betracht kommenden Verbandsvereine ohne weiteres anerkannt worden. Momentlich sind es die größeren Vereine, die in dem erfolgreichen Bestreben, vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, den vereinbarten Tarif anerkannt haben. Vergleicht man jedoch die Zahl der Genossenschaften unseres Verbandes, die den Tarif nicht anerkannt haben, mit der Gesamtzahl der Genossenschaften mit Bäckereibetrieben, so wird aber gelöst werden, wenn wir uns als Genossenschaften gelehrt, die hohe soziale Aufgabe eintun und mit allen Kräften zur Durchführung zu bringen.

Im Gau Berlin bestehen 16 Genossenschaften mit Bäckereibetrieben. Von diesen 16 Genossenschaften haben nicht weniger als 11 den Tarif nicht anerkannt. Unter diesen 11 sind 3 Verbandsgenossenschaften; von diesen hat einer, nämlich der Konsumverein in Halberstadt, die Anerkennung des Tarifs in Aussicht gestellt. Der Konsumverein Neustadt-Magdeburg hat noch einen bis Ende dieses Jahres laufenden Tarifvertrag mit den beschäftigten Bäckern, so daß eigentlich von den Verbandsvereinen nur ein einziger, nämlich der Konsumverein „Viere“, Schönebeck, in Frage kommt, welcher den Beschlüssen des Hamburger Genossenschaftstages nicht Rechnung getragen hat.

Im Gau Bremen bestehen 5 Genossenschaften mit Bäckereibetrieben. Von diesen 5 Genossenschaften hat keine den Tarif anerkannt, aber auch keine einzige dieser 5 Genossenschaften gehört unserem Verband an.

Im Gau Hamburg sind 21 Genossenschaften mit Bäckereibetrieben vorhanden. Von diesen haben 10 den Tarif nicht anerkannt, wovon 6 Verbandsvereine. Unter diesen 6 Verbandsvereinen ist zunächst der Allgemeine Konsumverein Braunschweig zu nennen. Hier liegt, wie von dem Vorstand des Bäckerverbandes mitgeteilt wird, die Schuld nicht an der Verwaltung, sondern an den beschäftigten Bäckern. Es war eine Versammlung der Bäcker und Verwaltungsmitglieder des Konsumvereins zur endgültigen Beifügungserklärung über den Tarif einberufen. Diese Versammlung wurde aber von den Bäckern, ohne daß sie ein Recht dazu hatten, abgesagt. Im Konsumverein Hildesheim ist jetzt eine neue Verwaltung, und es ist Aussicht vorhanden, daß hier der Tarif anerkannt wird. Der Konsumverein Wölfenbüttel hat seinen Betrieb erst eröffnet und wird zweifellos auch später den Tarif anerkannt. In den Konsumvereinen Hemelingen und Stadthagen sind die beschäftigten Bäcker nicht organisiert. Diese Nichtorganisierten haben auch keinen Anspruch darauf, daß ihnen diejenigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu teilen werden, die zwischen der Gewerkschaft der Bäcker und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine vereinbart sind. Als einziger Verein ist in diesem Bezirk der Konsumverein Wölfel zu nennen, der den Tarif ohne sichtlichen Grund nicht anerkannt hat.

Im Gau Düsseldorf bestehen 8 Genossenschaften mit Bäckereibetrieben, die sämtlich den Tarif nicht anerkannt haben. Unter diesen 8 Genossenschaften sind 2 Verbandsgenossenschaften, und zwar nicht Konsumvereine, sondern Produktionsgenossenschaften der Bäcker, nämlich die Genossenschaftsbäckerei in Dortmund und die Genossenschaft „Völzbro“ in Eppen. Daß diese nicht den Tarif anerkannt haben, ist mir unverständlich.

Im Gau Leipzig zählt 80 Genossenschaften mit Bäckereibetrieben. Von diesen 80 beschäftigen folgende Bäcker, die nicht der Gewerkschaft der Bäcker angehören: Konsumverein Albrecht b. Zahl; Konsumverein Trottendorf b. Annaberg; Eßelber Konsum-, Rohstoff- und Produktionsverein; Konsumverein Ehrenfeldersdorf; Konsumverein Ernthal b. Th.; Konsumverein Erlau b. Th.; Konsumverein Selbshäuse; Goldblauer b. Zahl; Konsumverein Grün b. Chemnitz; Konsumverein Hämmer (S.-M.); Konsumverein Heidersbach i. Th.; Konsumverein Judenbach (S.-M.); Konsumverein Igelsieb; Konsumverein Kahla i. Th.; Rohstoff- und Produktionsverein Lautzen i. Th.; Lautzen Konsumverein; Konsumverein Lehesten i. Th.; Konsumverein Mönchroden; Konsumverein Neuhaus a. Remsberg; Konsum- und Produktionsverein Neuhaus a. Sonneberg; Konsumverein Neustadt b. Coburg; Konsum- und Produktionsgenossenschaft Riederzwönitz; Konsumverein Selze (Schw. Sander); Konsumverein Maxenstein i. Th.; Konsumverein Stettbach b. Sonneberg; Konsumverein „Selbsthäuser“, Zahl; Konsumverein Thüm i. Erzgeb.; Konsumverein Zello-St. Blasii; Konsumverein Zichorion.

Es sind somit unter den 45 Verbandsvereinen, in denen der Tarif nicht durchgeführt wird, nicht weniger als 30, deren Bäckereiarbeiter es nicht einmal der Mühe wert halten, ihrer Gewerkschaft beizutreten. — Von den übrigbleibenden 15 Vereinen hat sich der Konsumverein Gütenach bereit erklärt, mit Herstellung seines neuen Betriebes den Tarif einzuführen. Der Konsumverein Lößnitz i. S. hat die Löhne angehoben. Der Konsumverein Oberweißbach hat die Anerkennung des Tarifs in Aussicht gestellt. Der Konsumverein Planen i. Vogtl. hat eine Betriebsverhandlung da-

hin getroffen, daß er die Bäckerei in eigene Regie übernehmen und alsdann die Böhne anerkennen will. Der Konsumverein Potschappel hat den Betrieb erst neu eröffnet und wird jedenfalls später den Tarif anerkennen. Der Konsumverein Tambach b. Gotha hat die Anerkennung des Tarifes in Aussicht gestellt. Der Bäckerverein „Glücksburg“ in Wilsdorf i. S. hat das Zwischenmeistersystem und dadurch auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dem Anschein nach keinen ausreichenden Einfluß. Somit verbleiben nur noch 8 Verbandsvereine unter den 80 Verbänden dieses Bezirks, die ohne erkennbaren Grund den Tarif nicht bewilligt haben. Es sind dies folgende: Konsumverein Apolda; Konsumverein Bettelvedere i. Th.; Konsumverein Meiningen; Konsumverein Osmünde b. Gröbers; Bäckerverein in Potschappel; Konsumverein Iwenslau b. Leipzig.

Im Gau Frankfurt a. M. bestehen 4 Genossenschaften mit Bäckereien, von diesen sind 2 Verbandsgenossenschaften, nämlich der Konsumverein Frankfurt a. M. und der Konsumverein Marburg. Mit ersterem schließen die Verhandlungen über die Anerkennung des Tarifes noch; letzterer hat die Anerkennung des Tarifes in Aussicht gestellt, sobald der neue Tarif fertig ist.

Der Gau Mannheim zählt 34 Genossenschaften mit Bäckereibetrieben. Unter diesen haben 24 den Tarif nicht anerkannt; davon sind 14 Verbandsvereine. Unter diesen 14 sind 9 Vereine, in denen die beschäftigten Bäcker sich nicht ihrer Gewerkschaft angeschlossen haben, nämlich: Konsumverein Fahrnau i. B.; Konsumverein Kollnau i. B.; Allgemeiner Arbeiterkonsum Lörach i. B.; Konsumverein Lorch i. B.; Allgemeiner Arbeiterkonsum Maulburg i. B.; Konsumverein Eichberg; Konsumverein Straßburg; Konsumverein Schw. Ogmund; Konsumverein Triberg.

Unter den verbleibenden 5 Vereinen hat noch der Konsumverein Freiburg i. G. einen bis zum 1. Oktober laufenden Tarif. Er wird dann jedenfalls den neuen Tarif anerkennen. Ohne erkennbaren Grund haben 4 Vereine den Tarif nicht bewilligt, nämlich: Konsum- und Sparverein Ebingen; Konsum- und Sparverein Konstanz; Konsum- und Sparverein Ludwigsburg; Lebensmittelbedürfnisverein Bißigheim.

Im Gau München bestehen 6 Genossenschaften mit Bäckereien. Unter diesen haben 2 den Tarif nicht bewilligt. Von diesen zweien ist einer, nämlich der Konsumverein Weiden, Verbandsverein. Die von ihm beschäftigten Bäcker gehörten teilweise der Gewerkschaft der Bäcker an. Warum dieser Verein den Tarif nicht bewilligt hat, ist mir nicht bekannt. Von den rund 170 Genossenschaften mit Bäckereibetrieben haben somit ohne erkennbaren Grund 17 Verbandsgenossenschaften den im vorigen Jahre in Hamburg vereinbarten Tarif mit der Gewerkschaft nicht bewilligt. Ich gebe mich der bestimmten Hoffnung hin, und ich bin überzeugt, der ganze Genossenschaftstag mit mir, daß diese Vereine auch sobald wie möglich den Beschlüssen des Genossenschaftstages nochkommen werden. Ebenso darf wohl erwartet werden, daß diejenigen Genossenschaften, deren Bäckereiarbeiter sich ihrer Gewerkschaft nicht angeschlossen haben, sich bereit erklären, den mit der Gewerkschaft vereinbarten Tarif anzuerkennen, sobald dieser Anschluß erfolgt ist. Solange aber die Bäckergegenstände selbst nicht einmal — vermutlich um die Beiträge zu sparen — ihrer Gewerkschaft angehören, kann auch der Vorstand des Bäckerverbands kaum mit den Genossenschaftsverwaltungen über die Durchführung des vereinbarten Tarifes verhandeln und die so wünschenswerte Vereinbarung erzielen.

Ferner beschäftigt sich der Hamburger Genossenschaftstag in Sonderverhandlungen mit dem Lohn- und Arbeitstarif für Handels- und Transportarbeiter. Die über diesen Lohn- und Arbeitstarif gesprochenen Verhandlungen zwischen dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und dem Vorstand der Handels- und Transportarbeiter waren ergebnislos verlaufen, da der Vorstand des Zentralverbandes die seines Erachtens zu weit gehenden Forderungen der Handels- und Transportarbeiter nicht glaubte empfehlen zu können und da vor allen Dingen durch den Tarifentwurf der einheitliche Charakter der zwischen den Genossenschaften und Gewerkschaften abzuschließenden Tarife durchbrochen würde. Die Sonderverhandlungen führten ebenfalls zu keinem Ergebnis. Der Tarifentwurf der Handels- und Transportarbeiter wurde abgelehnt und an dessen Stelle folgende Resolution Johannes angenommen:

„Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird beauftragt, mit dem Vorstand des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeitern Deutschlands in Verhandlung zu treten und auf Grundlage des für die Bäcker empfohlenen Tarifes einen neuen Tarif auszuarbeiten und dem nächsten Verbandsstage vorzulegen.“

Auf Grund der Resolution Johannes wurde ich mich am 7. Oktober vorigen Jahres im Auftrage des Vorstandes an den Verband der Handels- und Transportarbeiter, um weitere Verhandlungen herbeizuführen. Der Vorstand der Handels- und Transportarbeiter lehnte jedoch die Verhandlungen ab, indem er erklärte, er sei nicht in der Lage, über einen auf Grundlage des Bäckerartiffs auszuarbeitenden neuen Tarif mit uns in Verhandlungen zu treten und zu diesem Zwecke einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Ausdrücklich ist über diesen Schriftwechsel ebenfalls in Nr. 9 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ berichtet. Da von verschiedenen Seiten, und zwar sowohl von genossenschaftlicher Seite wie von Seiten der betreffenden Gewerkschaft, die Wiederaufnahme der Verhandlungen gewünscht wird, folgts jedoch nur möglich erscheint, wenn die einschränkende Bestimmung der Resolution Johannes, die Grundlage des Bäckerartiffs betreffend, aufgehoben wird, so ist folgender Antrag eingebracht worden:

Antrag der Großmarktgemeinschaft Deutscher Konsumvereine, des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ Hamburg, des Konsumvereins Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend und der Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg zu Punkt 6 der provisorischen Tagesordnung:

„Der zweite ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 19. bis 21. Juni in Stuttgart beschließt, die auf dem Hamburger Genossenschaftstag beschlossene Resolution Johannes wiederzugeben im Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (Jahrgang 1914, S. 175) aufzuhören und beauftragt den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, mit dem Vorstand des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeitern Deutschlands zwecks

Ausarbeitung eines neuen Tarifes in Verhandlung zu treten und falls eine Vereinbarung erzielt wird, diesen Entwurf dem nächstjährigen Genossenschaftstag vorzulegen. Bei der Vereinbarung ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß der einheitliche Charakter der mit den Gewerkschaften abzuschließenden Tarife bewahrt bleibt.“

Die Begründung dieses Antrages ist nicht meine Aufgabe, sondern Sache eines der Herren Antragsteller.

Endlich habe ich noch mitzuteilen, daß der diesjährige Gewerkschaftstag in Köln vom 22. bis 27. Mai sich ebenfalls mit der Frage „Gewerkschaften und Genossenschaften“ beschäftigte. Da es wünschenswert ist, daß bei der Behandlung solcher diese beiden großen Organisationen gemeinschaftlich betreffenden Fragen auch Vertreter der anderen Organisationen anwesend sind, so hat der Vorstand des Zentralverbandes sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften, die für uns die Vertreterin der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist, dahin verständigt, daß, so weit wie möglich ein gegenseitiger Besuch der Gewerkschafts- und Genossenschaftstage stattfindet. Als Vertreter des Zentralverbandes habe ich an diesem Teil der Kölner Verhandlungen teilgenommen; als Vertreter der Generalkommission ist heute Herr Umbreit, der Sie bereits vorgestern namens der Generalkommission begrüßt hat, hier anwesend.

Auf dem Kölner Gewerkschaftstag hielt Herr v. Elm einen vorlesenden Vortrag über das Gegenseitigkeitsverhältnis der Genossenschaften und Gewerkschaften und brachte auch eine längere, seine Umschauungen widergebende Resolution ein.

Die sich anschließende Diskussion verlor sich jedoch nachher in das Vorbringen zum Teil kleiner und kleinlicher Beschwerden über Einzelfälle. Es ist wohl klar, daß derartige Beschwerden an anderer Stelle auszutragen sind, als auf unseren großen Kongressen und Genossenschaftstagen. Durch das Her vorbringen solcher Beschwerden an dieser Stelle wird nichts als eine weigehende Erbitterung geschaffen, da die Angegriffenen nur ausnahmsweise in der Lage sind, sich an Ort und Stelle verteidigen zu können. Selbst wenn sie anwesend wären, würden sie nur in seltenen Fällen das Material zu ihrer Verteidigung bereit haben, da sie ja garnicht vorher wissen können, welche Vorwürfe gegen sie erhoben werden.

Was nun die Stellung der Genossenschaften zu den Gewerkschaften allgemein betrifft, so möchte ich noch bemerken, daß meiner Einschätzung nach unter den Mitgliedern der Genossenschaften des Zentralverbandes 2—300 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind, die als Genossenschaftler ein sehr lebhafes Konsuminteresse wahrzunehmen haben. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten der Genossenschaften schätzt sich auf höchstens 5—6000. In dem Maße, in dem sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Genossenschaftsbewegung beteiligen, wird das Konsuminteresse, das sie durch die Genossenschaften wahrgenommen haben, ein immer stärkeres. Es sind also im Grunde nicht Gewerkschaften und Genossenschaften, die einander bei der Frage der Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüberstehen, sondern Gewerkschafter und Gewerkschafter, in dem einen Falle Gewerkschafter als Organisator Konsumen und somit als die eigentlichen Arbeitgeber, in dem anderen Falle Gewerkschafter als Arbeitnehmer, nämlich als Angestellte und Arbeiter in den Genossenschaften. Um so mehr sollte auf beiden Seiten das Bestreben sein, auf dem Wege gütlicher Vereinbarung einerseits vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, andererseits aber auch alles zu vermeiden, was gegeignet ist, die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung zu hemmen und ihr Steine in den Weg zu werfen. Die auf dem Kölner Gewerkschaftstag eingebrachte Resolution v. Elm wurde mit einigen Änderungen angenommen und hat folgenden Wortlaut:

„Der Gewerkschaftstag erachtet in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volkes und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeitervarianten durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland als kraftige unterstützen. Der Kongress verpflichtet namentlich die Gewerkschaftsmitglieder, in den Konsumvereinen das Bestreben zu fördern, auf Grundlage des organisierten Konsums zur eigenen Produktion der Bedarfssatzel der großen Massen der Konsumanten zu schreiten.“

Die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Großmarktgemeinschaft kann in Deutschland wesentlich dazu dienen, für die gewerkschaftlichen Bestrebungen vieler Berufe einen Stützpunkt und einen Rückhalt zu bieten, dadurch, daß genossenschaftliche Großbetriebe mit unsicheren sanitären Einrichtungen geschaffen werden.

Hierzu hält der Kongress die Genossenschaften aus eigenem Interesse für verpflichtet, da durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Konsumkraft des Volkes erhöht und in weiterer Folge die Konsumvereinbewegung gestärkt wird.

Zunächst erachtet der Kongress im Interesse sowohl der Gewerkschaften als der Genossenschaften, daß ein freundschaftliches Gegenleistungerverhältnis zwischen beiden Bewegungen plausibel und tiefegehende Differenzen sowie unfründliche Auseinandersetzungen vermieden werden. Der Kongress hält es deshalb im Interesse der Genossenschaften für geboten:

1. daß dieselben die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in erster Linie berücksichtigen;
2. die gewerkschaftlichen Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters anerkennen;
3. bei ihren Einkäufen grundsätzlich die in Fuchshäusern, Strassenalten und zu Hungerlöhnen hergestellten Fabrikate auszuschalten und Firmen, die ihre Waren ganz oder teilweise in der Haushaltswirtschaft herstellen lassen, möglichst von der Lieferung auszuschließen. Produktivgenossenschaften sind von den Konsumvereinen zu unterstützen, soweit dieselben zur Bewahrung gewerkschaftlicher Interessen im Einverständnis mit dem Zentralverband des Berufes gegründet wurden, sie sich verpflichten, ihre etwaigen Überlebenden im allgemeinen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Interesse zu verwenden;
4. bei denjenigen Berufen, in welchen tarifliche Abmachungen zwischen organisierten Arbeitern und Fabrikanten bzw. Prinzipalen bestehen, nur solchen

Firmen Aufträge auf Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten zu geben, welche die Gewerkschaften, deren Tarife und Forderungen anerkennen, sowie bei Vergebung von Arbeiten an Privatunternehmer resp. bei Bewirtschaftung genossenschaftlicher Betriebe durch Privatunternehmer kontraktlich festzulegen, daß die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen von diesen eingehalten werden müssen;

5. bei den von den Zentralverbänden und örtlichen Gewerkschaftsräten resp. von dem Gewerkschaftsamt als berechtigt anerkannten Befolzis die boykottierten Firmen bei ihrem Warenzugang nicht mehr zu berücksichtigen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen verpflichten sich demgegenüber, in Fällen von Befolzis für die weitestgehende Auflösung des konsumierenden Publikums zu sorgen.

Über etwaige Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften entscheiden, sofern es sich um örtliche Fragen handelt, in erster Instanz die Vorstände der beteiligten Gewerkschaft und Genossenschaft. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, oder führen sich die Parteien der getroffenen Entscheidung nicht, so hat ein Schiedsgericht aus Vertretern der örtlichen Gewerkschaftskommission — in deren Einvernehmen der örtliche Gewerkschaftsleiter — und aus Vertretern der Konsumvereine des Distrikts, unter Leitung eines von diesen Vertretern hinzugezogenen Unparteiischen, einen Schiedsspruch zu fällen.

Bei Differenzen zwischen einem Gewerkschaftsverband und der Gesamtheit der Genossenschaften soll die Bildung dieses Schiedsgerichts dem Zentralvorstande der beteiligten Gewerkschaftorganisation und dem Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein und alle Prezertötung über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedsspruchs vermieden werden.

Zum Interesse der genossenschaftlichen Entwicklung und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Angestellten der Konsumvereine verurteilte der Kongress entschieden das Bestreben, die Konsumvereine lediglich als Dividenden-Institutionen der Mitglieder zu betrachten.

Der Kongress hält die Genossenschaften für verpflichtet, jährlich Rücklagen zur Einführung eigener örtlicher Produktion und zur Förderung einer allgemeinen genossenschaftlichen Produktion für das Reich zu machen, und erwartet von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie in diesem Sinne in den Genossenschaften wirken.“

Ich habe schon in Köln ausgeführt, daß die Beschlüsse des Gewerkschaftstages von den Genossenschaften insbesondere des Zentralverbandes lediglich als die Wünsche der durch den Gewerkschaftstag vertretenen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufgefaßt werden können. Als bindend für uns können wir diese Beschlüsse nicht anerkennen. Bindend sind nur die zwischen den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen getroffenen Vereinbarungen. Um so mehr ist es aber unsere Pflicht, um Meinungen zu vermeiden, mit aller Energie dahin zu streben, daß solche Vereinigungen geschaffen werden. Und glaube ich, daß die Genossenschaften bereit sein werden, einen großen Teil der Forderungen der Kölner Resolution ohne weiteres zu akzeptieren.

Für die Schaffung solcher Vereinigungen erscheint es notwendig, eingehende Erhebungen darüber zu veranstalten, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen allen Angestellten und Arbeitern gegenüber schon heute in Genossenschaften des Verbandes herrschen. Solche Erhebungen sind außerdem auch notwendig, um den unantastbaren Nachweis dafür zu liefern, daß schon heute die in den Genossenschaften herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen günstiger sind, als durchschnittlich im Privatbetrieb. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat daher sowohl aus eigener Initiative, wie auch den schriftlich gewünschten Wünschen der Verbände der Bäcker, der Handlungsgehilfen und der Lagerhalter entsprechend beschlossen, daß vor dem Sekretariat des Zentralverbandes im Herbst dieses Jahres eine eingehende Statistik über die in den Genossenschaften unseres Verbandes herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgenommen werden soll. Ich spreche hier die dringende Bitte aus, die im Herbst zur Verbindung gelangenden Fragebögen nicht nur sorgfältig, was sich ja bei unseren Genossenschaften von selbst versteht, sondern vor allen Dingen auch recht schnell auszufüllen, denn die Zusammenstellung und Bearbeitung einer so umfangreichen Statistik wird außerordentlich viel Arbeit kosten und viel Zeit in Anspruch nehmen. Ich hoffe aber, daß das Ergebnis dieser Statistik für die Fortbildung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses von hohem Wert sein wird.

Die Durchführung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses erfordert aber mehr als die Vereinbarung von Lohn- und Arbeitsstunden mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und die Gewährung gewerkschaftlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen. Vor allen Dingen aber ist es Pflicht der Genossenschaften, für die ihre ganze Lebenskraft in den Dienst der Genossenschaft stellenden Angestellten und Arbeiter die Fürsorge zu übernehmen im Falle der Invalidität und der Krankheit über die Dauer des Arbeitsverhältnisses hinaus, im Falle des Todes für die Hinterbliebenen. Die Errichtung einer Unterstützungskasse zum Zwecke der Fürsorge ist ja soeben von Ihnen beschlossen worden. Ich hoffe, daß nun auch überall in den einzelnen Genossenschaften sich der Mut zur Tat findet und daß die große Mehrzahl unserer Vereine schon in dem ersten Jahre der zu errichtenden Kasse beitreten wird. Nur wir, was in unseren Kräften steht, geben wir unbedingte Erfüllung um Schritt vorwärts in getreuer Erfüllung der hohen sozialen Pflichten, die unsere Bewegung von uns fordert und die wir selbst uns gestellt haben, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Nicht allein werden unsere Errichtungen für die Gestaltung des privatwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisses vorbildlich sein, nicht allein werden sie die Gesetzgebung zu weiterem Fortschreiten auf dem Wege der sozialen Fürsorge für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten und speziell für die Arbeiter anstreben, sondern der Erfolg wird auch darin zum Ausdruck kommen, daß in dem Maße, in dem wir diese unsere Pflicht erfüllen, die Arbeitskraft unserer Bewegung steigt, ihre Leistungsfähigkeit zunimmt und immer mehr die breuen Masse des Volkes unserer Vereine beitreten und mit uns daran arbeiten werden, daß unser Volk seine wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände nimmt.

Herr Lorenz von der Großeinkaufsgesellschaft begründet dann ausführlich den schon von Kaufmann unterwähnten Auftrag zwecks Umbahnung neuer Verhandlungen mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter, um auch mit diesem Verband einen Tarifabschließen. Dieser Auftrag, wie auch das Übereinkommen mit den Handlungshäufen fanden Annehmung.

Der Vertreter unseres Verbandes, Koll. Ullmann, führte dann aus:

"Ich bin in der glücklichen Lage, konstatieren zu können, daß wir uns im allgemeinen mit der Tarifbewegung, wie sie vorläufig zum Abschluß gebracht worden ist, zufrieden geben können. Wir können hier auch konstatieren, daß nicht allein die Leiter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bei jeder Gelegenheit und in der Bemühung, den Tarif möglichst schnell überall zur Einführung zu bringen, unterstützt haben, sondern daß auch diejenigen Leiter der Konsumvereine und der übrigen Produktivgenossenschaften, welche den Tarif schon anerkannt haben, überall in bestreitenden Kreisen ihr Möglichstes getan haben, damit auch diese den Tarif anerkennen. Nichtsdestoweniger ist es zu bedauern, daß eine so große Anzahl von Konsumvereinen, die den Tarif recht wohl anerkennen könnten, weil nur ganz minimale Differenzen vorliegen, noch nicht beigetreten sind. Ich habe in dieser Beziehung ganz sonderbare Erfahrungen gemacht. Sozusagen einzelne von den Vereinen, die den Tarif anerkannt haben, verachten sich möglichst zu drücken von einer Verhandlung, die zwischen einem Vertreter unseres Verbandes und ihrer Verwaltung stattfinden sollte. Wir wußten da schon etwas ausdrücklich werden, und mit Ausnahme von zwei Vereinen ist auch dort ein Abschluß zu lange gesommen. Die Ursache dieses mühseligen Verhaltens einzelner Verwaltungen scheint mir darin zu liegen, daß man derartigen Verhandlungen möglich aus dem Wege gehen wollte, einmal, weil die Arbeitsbedingungen schon dem Tarif entsprechen, zum andernmal, weil man glaubt, daß die Verhüttungen des Tarifs auf alle Fälle nun in jedem Verein strikt zur Durchführung gebracht werden müssen.

Doch das nicht der Fall war, in Ihnen schon in Hamburg gezeigt worden. Wir haben erklärt, daß wir überall bereit wären, den besonderen örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, daß alle diese Vereine, welche den Tarif anerkannt haben, durch die Anerkennung nicht zu hoch belastet worden sind. Nur wenige Vereine haben einzelnen Arbeitern etwa 50,- oder 1,- zu zuladen gehabt. Wir haben also von vornherein nicht zu viel verlangt und auch keinen Zweifel gelassen, daß wir die örtlichen Verhältnisse mit Berücksichtigung gezogen haben wollen. So viel Gegenkommen und Verhandeln sollten Sie uns zutrauen, daß wir nicht einen Sprung verlangen von einer zwölfständigen auf eine neunjährige Arbeitszeit. Wir haben in allen Fällen wollen ein Übergangsmodell geschaffen, damit die Vereine sich allmählich in die neuen Verhältnisse hineinleben. Bei einzelnen Vereinen, die in den ersten und letzten Tagen der Frist eine bedeutend längere Arbeitszeit brauchen, als in den Mitteltagen, haben wir sogar einen Wochenarbeitszeit für ihre Arbeitszeit festgelegt. Ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß in manchen dieser großen Unternehmen, wenn der Tarif nicht bestünde, die Herren der Verwaltung jetzt schon wohl wieder eine kleine Anlage einer Lohnsteigerung seitens der Firma erlebt hätten. Wir wollen auch von vornherein Frieden untereinander haben und die ewigen Plänkereien beenden.

Zum einzelnen Geschäftsstellen wird gesagt, es sei ein schlechter Standpunkt, daß man Sonderheiten für diese Geschäftsstellen habe. Dieser Standpunkt hat wohl eine gewisse Berechtigung, aber ja allgemein darf man diese Redensart doch nicht anwenden. Es ist nicht mehr verlangt werden, als in den großen Vereinen schon überall eingeführt war. Es kommt weiter hinzu, daß wir Sonderheiten mit den kapitalistisch betriebenen Unternehmen, wo die Jahre teilweise noch höher und als der Geschäftsführer dort abgerichtet haben, nicht anderes bei den Verhandlungen von Friedland und Bergedorf, bei den Betrieben a. M. und Usedom.

So möchte ich noch am Grund der Ausführungen des Schriftschriften sowie der Nachberichtszeit, welche ich geleistet habe, da alle diejenigen Vereine, welche bisher den Tarif noch nicht anerkannt haben, die Ihre nichten, daß sie in der Zukunft nicht mehr und aus dem Wege gehen, wenn wir auf Grund der Verhandlungen des heutigen Geschäftsstellens nicht an sie herantreten, sondern das ja die kleinen Unternehmungen auch unterscheiden. Das sind zum Augen vor beide Teile ist."

Schranken kann in der nachfolgenden Rede von einzelnen Städten erkannt werden, das in den Kreisen mit dem Friedland und dem Rieseburg zu diesen verhandeln, haben im vorliegenden Bericht dann auch die Vertreter der kleinen Betriebe, welche früher den Tarif noch nicht anerkannt haben, dem Rieseburg und dem Friedland sowie dem Rieseburg einige Minuten vorgetragen, daß in jener Zeit Verhandlung des Tarifs fortsetzen sollen. Der Friedland kleinen Betriebe kann der Zeitung des Gewerkschaftsverbandes Friedland und Bergedorf, bei den Betrieben a. M. und Usedom.

Die kleinen Betriebe in diesen Städten sagten aber die beständige Meinung, daß sie nur eben, und zwar lediglich in ihrem eigenen Interesse, die Gültigkeit abweisen und sich in einem Verbande als Mitglieder einzufügen, dann darüber werden sie der Partei des Tarifs teilhaftig werden!

Sicherlich kann man das in bestehenden Industriekreis nicht sagen, da dieser beständige Meinung, daß sie nur eben, und zwar lediglich in ihrem eigenen Interesse, die Gültigkeit abweisen und sich in einem Verbande als Mitglieder einzufügen, dann darüber werden sie der Partei des Tarifs teilhaftig werden!

Konsumvereine mit eigener Bäckerei kennen, müssen sie mit den Kollegen dieser Betriebe in rege Verbindung treten! —

Die übrigen Punkte des Genossenschaftstages wurden schnell erledigt; sie betrafen die Regelung geschäftlicher Angelegenheiten.

Der Stuttgarter Genossenschaftstag hat gezeigt, welche Bedeutung heute schon die Genossenschaften im wirtschaftlichen Leben haben, und dieser Genossenschaftstag wie der Gewerkschaftstag in Köln haben durch ihre Beschlüsse dokumentiert, daß beide Teile der Arbeiterbewegung sich gegenseitig verstehen und unterstützen müssen.

Hoffen wir, daß auch alle unsere Mitglieder die schon so oft an sie ergangene Mahnung beherzigen, lädtige Glieder dieser großen Genossenschaftsbewegung zu werden, an deren feineren Erkarten unsere Organisation mit am allermeisten interessiert ist!

## Aus unserem Berufe.

Die Lügen schreiten sind wieder einmal bei ihrer "Wahrheitsliebe" erklapt worden. In einem Streite zwischen christlichen und freien organisierten Metallarbeitern in Düsseldorf hatten die Führer der Ersteren im "Düsseldorfer Tageblatt" eine von fünf Personen unterzeichnete Erklärung veröffentlicht, worin Herr Vater (Leiter des freien Verbandes) in einer Veramming gezeigt haben soll, daß ihm ein nach 14 Wochen verlorener Streit lieber sei, als ein nach 2 Wochen gewonnener. Darauf erschien in Nr. 180 des selben Blattes folgende Erklärung:

In der Nr. 161 des Düsseldorfer "Tageblatt" vom 15. Juni befindet sich eine Erklärung, daß Herr Vater aus Düsseldorf gezeigt haben sollte, ein Streit, der 14 Wochen dauert und verloren geht, ist mir lieber als ein solcher, der 2 Wochen dauert und gewonnen wird. Unter dieser Erklärung befinden sich auch unsere Namen. Wir konstatieren aber, daß wir diese oder eine ähnliche Erklärung nicht unterschrieben haben, unsere Unterschriften also getäuscht sein müssen.

Hochachtend

Conrad Wiedeke, Josef Mai, Karl Blaude. Mit welchem Gesindel bat man es in den christlichen Gewerkschaftsführern zu tun. Das ist nun eine nicht eine Unvorstellbarkeit der Betreffenden, die in dem Glauben, jene drei würden auch ihre Namen für diesen "guten Zweck" mit hergeben, diese einfach unterschrieben, sondern das ist die Parole, die Taktik jener Streiter für Wahrheit und Recht! Im Kampfe gegen die freien organisierten ist jedes Mittel heilig. Auch die Lüge, die sonst vom Christentum so sehr verdammt ist! Dies kann stolz sein auf solche Sänger, die sich würdig zeigen, fürs Christentum zu kämpfen. Uns kommt recht kein Einmal wird die Menschheit schon einsehen, wo die Wahrheit und wo die Lüge ist.

Eine Heldenfahrt aus Thorn. Am 28. Mai fand eine von Altejellen einberufene Innungsgejellenversammlung auf der Innungsburg statt, wozu die Verbandsgejellen geladen wurden. Die Tagesordnung lautete: 1. Ein Bierfest, pro Mann 40,-; 2. Unser Pfingstvergnügen. Da der Altejelle über die Versammlung nicht stark genug war, eröffnete ein Getreuer mit lobungsvollen Worten die Versammlung. Im Namen des Gejellenauschusses eröffne ich die Versammlung und bitte jeden herzlich willkommen! Als es aber zum Bezahlen der Pfingstbeiträge kam, hielt es unser Hüftstuhler und Schriftführer W. für richtig, auch die Verbandsbeiträge zu kassieren, welches aber bald verboten wurde, dieser aber in einer Nachberichtsdarstellung seine Marken weiterlebte. Schwammend war mir über die verdammt roten Sozis jüngst auf ein hinger Autokollege hinzugetrats und unternahm Reißer 2, bearbeitete ihn mit seinem Knüttel derartig, daß er mit blutender Kopfnase und zertrümmerten Zähnen aus dem Arzt gehen mußte. Für die Heldenfahrt bezahlt er 3,- Euro und sämtliche Kosten. — Auch eine gerichtliche Strafe wegen Überfalls.

Gerichtlich bestätigen kann, mußte es sich vor dem Gerichtsgericht Leipzig ein Bädermeister aus Quedlinburg, daß es gelegentlich ist, zwei Personen in einem Bett schlafen zu lassen. Der wußte Herr mutete einem Kollegen zu, bei dieser trockenem Dose 8 Tage lang auf dem Bettling in einem Bett zu schlafen. Der zur Ausübung beschäftigte Kollege verzweigte aber auf diese Sorte "Bettling" und benötigte keine Privatzimmer als Sitzende, und machte am Schlusse der Woche seine Ansprüche auf 250,- Mark geltend. Demnach und brutal, wie andere Herren Arbeitgeber man einem sind, drohte er dem Bädermeister deshalb noch mit dem Gezeugsgraphen keiner Erfreude. Die Klage vor dem Gerichtsgericht berief dem Bäder zu seinem Logisbad und dem beklagten Bädermeister zu einer moralischen verächtlichen Abfuhr vor Auge des Gerichtsgerichts. Bei Friederiken Hallen wurde trotz Anwesenheit der Gerichtsgerichte erkannt werden, dass damit wurde der Bädermeister (unterstützenden Linie) Zeit und Tag gequält. Bäder ein Beweis dafür ist es, daß das San- und Logisbad beim Meijer zu jüngster und heutlicher Beziehung entzünden bestreift werden soll.

## Frühting

Sam 3. bis 9. Juli gingen bei der Hauptorte folgende Brüder ein:

Herr Rosat Juni: Mitgliedschaft Neunkirchen 27.5. A.; Montabaur 15.6. 10; Siegen 42; Halberstadt 20.5.; Gießen 10.5.; Kärlich 20.5.; Thale 21.5.; Hamm 10.6.60; Remscheid 20.5.; Freiburg 4.5.; Krefeld 16.5. A.

Herr Rei und Juni: Bonnberg 15.5.; Rothenburg 9.5. A.

Herr April bis Juni: Meß 41.5. A.  
Von Einzelzähnern der Handfasse:  
G. E. Altmann 5.5. A.; F. O. Jäger 1. -; F. A. Calmbach 8.5.; F. O. Jacobson 12.5.; M. E. Lundiusberg 5. -; F. S. Küpp 2. -; F. D. Brügel 4.5.; G. E. Glashaus 1.5.; F. G. Schmid 5.5.; F. O. Gehlhaar 4.5.; F. C. Müller 5.5.; F. O. Oberholzer 5.5.; F. O. Oberholzer 22.5. A.

Herr Oberhaupt und Konsulent: F. R. Höglund 1. -; F. O. Dörring 1. -; G. A. Homburg 4. -; F. O. Dörring 2.5.; F. O. Oberholzer 4. -; F. O. Biesboden 1.5.; Mitgliedschaft Gießen 1.5. A.

Herr Galerber: Mitgliedschaft Meß 1.5.; Freiburg 2. -.

Der Hauptklassierer:

F. F. Friedemann.

## Anzeigen.

Eine alte nachweisbar sehr rentable Bäckerei in der Stadt soll wegen Krankheit des Besitzers sofort mit Grundstück an einen tüchtigen Bäckermann äußerst billig bei ganz kleiner Anzahlung verkauft werden. Näheres durch Otto C. L. Malchow, Hamburg, Grünangerstraße 32, I. [M. 3.]

Gast- und Speisewirtschaft  
**Alois Donaubauer,**  
Hamburg 3. Elbstraße 11.  
M. 2.40] Bäderverkehr.

## Tur Anfertigung von

Herren-Anzügen nach Maß  
mit elegantem Schnitt und Stil in jeder Preislage  
empfiehlt sich allen Münchener Bäckergehilfen  
G. F. em Schneiderstr., Geierstr. 20.

Unseren Kollegen und Kässierer Otto Kamp  
nebst seiner lieben Braut zur Vermählung  
die herzlichsten Glückwünsche!

M. 2.-] Mitgliedschaft Rudolstadt.

Unserem Gauleiter

**Karl Kassing**

und seiner Braut

die herzlichsten Glückwünsche!

zu ihrer Hochzeit!

M. 3.-] Mitgliedschaft Essen a. Ruhr.

Unserem Gauleiter Karl Kassing nebst seiner lieben Braut zu ihrer Vermählung  
die besten Glückwünsche!

M. 2.40] Mitgliedschaft Düsseldorf.



## Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen finden statt:

Altona. Sonntag, 16. Juli, nachm. 2½ Uhr, bei Fels, gr. Bergstraße 136. (Die Sektionsvers. fallen aus). Bremen. Sonntag, 23. Juli, nachm. 3½ Uhr, bei Weibel, Ansgariorstr. 12.

Baden-Baden. Zusammenkunft jeden Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, im Bratwurstloch, Steinstr. 7. Baut-Wilhelmshaven. Donnerstag, 27. Juli, nachm. 6½ Uhr, bei Held, Grenzstr. 34.

Bielefeld. Donnerstag, 20. Juli, abends 7 Uhr, in der Centralhalle. Cassel. Donnerstag, den 27. Juli, bei Riemenschneider, Schajergasse 14.

Cottbus. Diskussionsstunde Dienstage nachm. 3 Uhr, bei Liebel, Schlosskirchstr. 12.

Danzig. Sonntag, 30. Juli, bei Schatz, Fischmarkt 6. Darmstadt. Dienstag, den 18. Juli, nachm. 4 Uhr, in Böttingers Brauerei, Am Ludwigplatz.

Eisenach. (Ruh). Sonntag, 23. Juli, nachm. 3 Uhr, in der Borussia, Rottstr.

Eisenach. Sonntag, 30. Juli, nachm. 2½ Uhr, in der Frühen Quelle, Alexanderstr.

Kürth i. B. Donnerstag, 27. Juli, bei Zick, Wasserstrasse. Görlitz. Donnerstag, 20. Juli, im Goldenen Kreuz, Langenstraße 43.

Halle a. S. Sonntag, 16. Juli, nachm. 3 Uhr, im Weißen Ross, Geißstr. 5.

Henningsdorf a. Q. Sonntag, 30. Juli, bei Gastwirt Walter.

Jena. Jeden Donnerstag, nachm. 5 Uhr, Zusammenkunft im Kaffeehaus.

Konstanz. Jeden Mittwoch, nachm. 3 Uhr, im Hussenstein, Schützenstraße.

Königsberg i. Pr. Mittwoch, 19. Juli, nachm. 3 Uhr, im Restaurant Wolf, Polnischestr. 6. — Jeden Mittwoch nachm. 3 Uhr, Zusammenkunft.

Marburg. Jeden Sonntag, nachmittags 3 Uhr Zusammenkunft bei Hildemann, Barfügerstor.

Mer. Donnerstag, den 20. Juli, bei Herrn Uhlemann, Karstr. 4.

Ödenburg. Zusammenkunft Dienstags, abends 8 Uhr, im Gewerbeschauhaus, Kurwidstr. 28.

Peßau. Freitag, 21. Juli, nachm. 3 Uhr, im Betlehospital. (Referent: Kollege Gähner-München.) Straßburg i. E. Jeden Mittwoch, nachm. 3 Uhr, Zusammenkunft im "Schwielosten", Langestr. 116. Wiesbaden. Dienstag, 18. Juli, nachm. 2 Uhr, im Gasthaus Zum Mohren.

Zeitz. Jeden Donnerstag, nachm. 4 Uhr, im Franziskanerkeller.

Würzburg. Dienstag, 18. Juli, im "Brauerschlößchen", Schloßstraße 2.

Für die Redaktion verantwortlich: Joh. Heeren, Hamburg, Magistrat 6. — Verlag von H. Ullmann, Hamburg. Druck von Dr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.

# Beilage zu Nr. 28 der „Bäcker-Zeitung“ vom 15. Juli 1905.

## Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1904

(Schluß.)

### Die weiblichen Mitglieder.

Die absolute Zunahme der Zahl der weiblichen Mitglieder bleibt nicht unbedeutend gegen die von 1903 zurück. Im letzten Jahre betrug sie 12 448, während sie 1904 sich nur auf 1938 belief. Sieben Organisationen weisen einen Rückgang in der Zahl der weiblichen Mitglieder auf, so der Verband der Metallarbeiter von 229 und der der Schuhmacher von 64. Insgesamt halten diese Organisationen einen Verlust von 389 weiblichen Mitgliedern.

Bezüglich der Berechnung des Prozentsatzes der organisierten Arbeitnehmerin gilt nicht nur das hierüber im allgemeinen Gesagte, sondern es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß sich die Zahl der industriellen Arbeitnehmerinnen gegenüber dem Jahre 1903 ganz enorm vermehrt hat.

So wird besonders vom Verband der Maler betont, daß die in der Berufsstatistik angegebene Zahl der im Berufe tätigen Arbeitnehmerinnen absolut unzutreffend sein muß. Fehlt es auch an bestimmten Ausweisen über die Zunahme der Zahl der industriell tätigen Arbeitnehmerinnen, so ist doch von allen Gewerkschaftsvertretern die Beobachtung gemacht, daß die Unternehmer überall, wo es nur irgend möglich ist, weibliche Arbeitskräfte an Stelle der männlichen heranziehen.

Der Einfluß, welcher durch diese vermehrte Verwendung der weiblichen Arbeiter in der Industrie ausgeübt wird, läßt sich zwar nicht ziffernmäßig nachweisen, doch wird er in einzelnen Berufen und Betrieben von der Arbeiterschaft sehr deutlich verspürt. Sicher ist diese Rückwirkung der billigeren weiblichen Arbeit auf die Lohnhöhe in den Gewerken, in welchen eine größere Zahl von Arbeitnehmerinnen beschäftigt wird, vorhanden und muß somit das eigentliche Interesse die Arbeiter veranlassen, tatkräftig die Organisation der Arbeitnehmerinnen zu fördern.

Es erübrigts sich, lange Auseinandersetzungen über die Schwierigkeit der Agitation unter den Arbeitnehmerinnen und darüber zu machen, wie schwer es ist, die für die Organisation Gewonnenen dieser zu erhalten. Die Frage wird jedoch zu prüfen sein, wenn hier ernsthaft nachgefragt wird, ob sich Versäumnisse auf diesem Gebiete feststellen lassen, und ist dies der Fall, dann muß mit aller Energie ver sucht werden, das Versäumte nachzuholen. Vor einem Jahrzehnt zweifelte man in Deutschland, daß es möglich sein wird, eine nennenswerte Masse der Arbeiter für die Gewerkschaften zu gewinnen. Heute dürfte der Zweifel behoben sein. Dafür kann man aber jetzt oft die Meinung hören, es würde nie möglich sein, die Arbeitnehmerinnen in einigermaßen annehmbarer Zahl zu organisieren. Diese Bedenken und dieser Pessimismus ist ebensoviel am Platze, wie sie bezüglich der Entwicklungsfähigkeit der Gewerkschaften angebracht waren. Wie durch den inneren Ausbau der Gewerkschaften die indifferenten Arbeiter gewonnen und in der Organisation erhalten worden sind, so muß es auch gelingen, den Arbeitnehmerinnen das volle Verständnis für die Notwendigkeit der Gewerkschaftsangehörigkeit anzuzeigen.

Die Tatsache steht fest und wird durch die Ziffern der Gewerkschaftsstatistik erwiesen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmerinnen ungerechtfertigt ist. Und dieses müßte genügen, um alle Gewerkschaftsmitglieder und besonders die leitenden Personen in den Gewerkschaften zu bewegen, auch auf diesem noch ziemlich brach liegenden Felde einige Arbeit zu verrichten, um auch hier die Früchte heranziehen zu sehen, wie es an vielen anderen Stellen, die auch wenig geeignet für gewerkschaftliche Organisationsarbeit schienen, geschehen ist.

### Aus dem Leben eines Bäckers.

Erzählung von P. Walter.

I.

Es war an einem Montag Morgen im Juli 1880, als die Sonne mit einer Macht ihre Strahlen auf unseren Planeten sandte, als wollte sie alles, was da lebt und webt auf Erden, dem sicheren Tode überliesern. Wer nicht unbedingt auf die Straße mußte, verbarg sich in der Kühlung des Hauses.

In einer Vorstadt von D., da wo die Straße eine Biegung macht, befand sich in einem kleinen zweistöckigen Häuschen eine Kolonialwarenhandlung. Die Fabrikarin war eine Bergmanns Witwe, welche mit ihren zwei ältesten Kindern das Geschäft führte. Der jüngste Sohn war Bäckergehülfen und arbeitete in B. Auch die in den letzten Hälfte der vierziger Jahre stehende Frau war heute auf fallend traurig. Wurde diese Missstimmung durch die kolossale Höhe und das heut besonders stockende Gedächtnis hervorgerufen? O nein, ihr Kummer warzeltiefe tiefer. Von Zeit zu Zeit ging sie nach dem oberen Stockwerk des Hauses und wandte ihren Blick durch den Seitenflügel in ein kleines Zimmer, in welchem ein junger Mann von ungefähr 22 Jahren, in trüben Gedanken verhusen, saß. Soeben war die sorgende Mutter wieder an der Tür und leise schluchzend rief sie den Namen „Ewald, mein Sohn“. Weiter kam sie nicht, denn kaum war das erste Wort von ihren Lippen, da erhob sich der Angeredete, ballte beide Hände vor der Stirn und rief mit furchtbart klingender Stimme: „Ja, Ewald, was willst Du nur noch auf dieser Erde, denn ohne Dich, Beliebte, verschwachte ich hier wie in der Hölle; Mathilde, Mathilde, börfst Du nicht, erwache doch oder nimm mich mit zu Dir in das kleine Grab. In einigen Tagen sollte unsere Hochzeit sein und nun liegt Du kalt und starr im Sarge — vorbei, vorbei!“ Einem Schwinden nahe sank er in einen Lehnsessel zurück und dachte nach über vergangene Zeiten.

Ach wie schön war es doch, als der Vater noch lebte und er, Ewald, mit seinen Geschwistern spielen konnte, wenn er aus der Schule kam, oder wenn er der Mutter im Laden oder in der Küche helfen durfte. Kam aber der Vater nach Hause, hei, Welch ein Jubel. Da drängte die kleine Schar an ihn heran, um zuerst zu berichten, was sie an dem Tage in der Schule gelernt hatten oder was sonst neues vorgesessen war. Sorgen hatte die fünfköpfige Familie nicht gehabt, denn der Vater war ein gar braver Mann und batte den Ernst des Lebens sehr wohl kennen gelernt. Denn als sich 1848 das deutsche Volk erhob, um sich einen Teil des ihm zustehenden Rechtes zu erkämpfen, da war auch er hinangezogen in die Reihen der „Freien

### Die Finanzgebarung der Gewerkschaften.

Im Jahre 1891 hatten 49 Centralverbände 1 116 588 Mark Einnahmen und 47 Verbände 1 606 534 M. Ausgaben. Der Kassenbestand betrug 425 845 M. Im Jahre 1904 hatten 63 Centralverbände eine Einnahme von 20 190 630 M., eine Ausgabe von 17 738 756 M. und einen Kassenbestand von 16 109 903 M. Von 1891 bis einschließlich 1904 vereinahmten die Centralverbände insgesamt 98 898 458 M. und verausgabten 86 173 379 M.

Von der Gesamteinnahme von 20 190 724 M. entfallen auf die Verbände der Metallarbeiter 3 309 888, Mauter 2 546 237, Holzarbeiter 2 344 994, Buchdrucker 2 104 821, Textilarbeiter 916 931, Zimmerer 805 712, Bauarbeiter 713 799, Bergarbeiter 694 019, Handels- und Transportarbeiter 537 391, Fabrikarbeiter 480 368, Maler 452 372, Tabakarbeiter 393 073, Brauer 315 476 M. Drei Verbände hatten eine Jahreseinnahme von 250—300 000 M., vier Verbände von 200—250 000 M., fünf Verbände von 100—150 000 M., zwölf Verbände von 50—100 000 M., neun Verbände von 30—50 000 M., vier Verbände von 20—30 000 M., vier Verbände von 10—20 000 M., ein Verband von 2—5000 M. und ein Verband bis 2000 M.

Pro Kopf der Mitglieder berechnet, hatten die Centralverbände an Jahreseinnahme 1904:

Notenstein 111,31, Buchdrucker 54,00, Buchdrucker (Elas-Lothringen) 48,85, Formstecher 44,80, Bildbauer 38,90, Vergolder 32,25, Porzellanarbeiter 30,89, Stein-

seher 29,35, Hutmacher 27,35, Handschuhmacher 26,93, Kupferschmiede 25,79, Zigarrensortierer 25,03, Töpfer 24,72, Holzarbeiter 24,15, Müller 24,05, Lithographen und Steindrucker 23,41, Tapetierer 22,94, Zimmerer 22,44, Stuhlfabrikanten 21,61, Bauhüfssarbeiter 21,47, Glasarbeiter 21,33, Gastwirtschaftshilfen 20,69, Tabakarbeiter 20,20, Maler 19,79, Mauter 19,76, Sattler 18,98, Glaser 18,90, Bäckerei 18,85, Metallarbeiter 18,78, Bäckerei 18,63, Buchdrucker 17,78, Brauereiarbeiter 17,12, Textilarbeiter 17,12, Bäderarbeiter 16,92, Seefahrer 16,43, Hafenarbeiter 16,23, Graveure und Eiselerne 15,82, Konditoren 15,76, Kürschner 15,32, Steinarbeiter 15,17, Zivilmusiker 14,83, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 14,79, Werkstattleiter 14,77, Lagerhalter 13,07, Böttcher 12,97, Schmiede 12,84, Gärtnerei 11,76, Fleischer 11,75, Schlosszimmerer 11,27, Schneidet 10,98, Dachdecker 10,71, Handlungshilfen 10,47, Bureauangestellte 10,37, Gemeindebeliebtearbeiter 10,16, Fabrikarbeiter 9,76, Schuhmacher 9,63, Buchdruckereihilfsarbeiter 9,38, Maschinisten und Feuer 9,26, Bergarbeiter 9,21, Portefeuiller 8,26, Wäschearbeiter 7,67, Asphaltarbeiter 7,41, Blumen- und Federarbeiter 5,02.

In dem Bericht für 1903 gaben wir einen näheren Ausweis für die Verbände der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Mauter und Zimmerer über die Steigerung der Beitragseistung pro Kopf der Mitglieder und über die Entwicklung des Mitgliederbestandes. Diese Darstellung dürfte wertvoll genug sein, um sie auch in diesem Bericht den Mitgliedern vorzuführen:

| Holzarbeiter |                | Maurer     |                | Metallarbeiter |                | Zimmerer   |                |           |       |        |         |       |
|--------------|----------------|------------|----------------|----------------|----------------|------------|----------------|-----------|-------|--------|---------|-------|
| Mitglieder   | Jahreseinnahme | Mitglieder | Jahreseinnahme | Mitglieder     | Jahreseinnahme | Mitglieder | Jahreseinnahme |           |       |        |         |       |
| Jahr         | Kopf           | Jahr       | Kopf           | Jahr           | Kopf           | Jahr       | Kopf           |           |       |        |         |       |
| 1894         | 26 141         | 189 771    | 7,27           | 12 580         | 86 170         | 6,85       | 33 406         | 254 576   | 7,62  | 8 127  | 69 819  | 8,59  |
| 1895         | 29 992         | 205 499    | 6,85           | 14 860         | 109 849        | 7,40       | 33 297         | 280 263   | 8,42  | 9 281  | 79 596  | 8,58  |
| 1896         | 38 647         | 321 669    | 8,32           | 26 600         | 208 216        | 7,83       | 41 095         | 361 381   | 8,55  | 13 282 | 127 345 | 9,59  |
| 1897         | 40 876         | 377 928    | 9,25           | 42 562         | 371 654        | 8,71       | 59 890         | 479 522   | 8,01  | 17 620 | 175 703 | 9,97  |
| 1898         | 43 589         | 483 225    | 9,87           | 60 175         | 621 061        | 10,32      | 75 431         | 594 983   | 7,86  | 22 104 | 246 804 | 11,17 |
| 1899         | 62 570         | 613 172    | 10,28          | 74 534         | 1 060 996      | 14,24      | 85 013         | 896 685   | 10,55 | 23 719 | 373 492 | 15,75 |
| 1900         | 73 972         | 1 108 954  | 15,—           | 82 964         | 1 264 063      | 15,23      | 100 762        | 1 193 231 | 11,84 | 25 272 | 313 310 | 12,40 |
| 1901         | 70 251         | 831 265    | 11,83          | 74 535         | 1 248 544      | 15,44      | 102 905        | 1 309 393 | 12,72 | 24 151 | 287 938 | 11,92 |
| 1902         | 70 390         | 977 439    | 13,88          | 82 223         | 1 544 591      | 18,79      | 128 842        | 1 567 434 | 12,17 | 24 502 | 490 092 | 20,—  |
| 1903         | 79 732         | 1 263 415  | 15,85          | 101 155        | 1 960 994      | 19,38      | 160 135        | 2 814 808 | 17,58 | 27 265 | 655 134 | 24,03 |
| 1904         | 97 105         | 2 344 994  | 24,15          | 128 850        | 2 546 237      | 19,76      | 176 221        | 3 309 888 | 18,78 | 35 891 | 807 712 | 22,44 |

Bei den Holzarbeitern finden wir eine Steigerung der Beitragseistung im Jahre 1904 auf 24,15 M. pro Kopf der Mitglieder, gegenüber 15,85 M. im Jahre 1903. Es ist hier die bedeutende Erhöhung der Summe darauf zurückzuführen, daß zum ersten Male die Einnahmen der Zweigvereine in die Gesamteinnahmen des Verbandes eingerechnet worden sind. Die Mauter und Metallarbeiter haben eine normale Steigerung der Beitragseistung, während die Zimmerer einen Rückgang in der Einnahme pro Kopf der Mitglieder aufweisen, der seine Erklärung in dem Zutritt von 8626 Mitgliedern zu den 27 265, die im Jahre 1903 vorhanden waren, findet. Ein solchen Mitgliederzuwachs hätte der Verband seit 1894 nicht zu verzeichnen, und weil diese Neuinterventionen nur für einen Teil des Jahres Beiträge leisten, so ist es er lästlich, daß die Gesamtleistung pro Kopf der Mitglieder herabgedrückt wird.

Diese Schwankungen sind aber für das, was beweisen werden soll, nicht entscheidend. Bewiesen soll werden, daß die Mitgliederzahl infolge Erhöhung der Leistung des einzelnen Mitgliedes für den Verband nicht stabil bleibt oder gar zurück geht, sondern mit der Steigerung der Einzelleistung wächst. Dieser Beweis dürfte aus der kleinen Tabelle so unzweideutig erbracht werden, daß weitere Beleuchtungen sich erübrigen.

Turnerschaft“. Doch nach dem unglücklichen Straßenkampf zu Frankfurt a. M. war er wieder umgekehrt in die Heimat. Wenn er aber nun mit ansehen mußte, wie gleichgültig die Arbeiterschaft das progerhafte Verhalten des Großkavaliars beurteilte, da wollte ihm sicher das Herz zerbrechen. Das war aber auch alles, denn sonst trübte nichts den Glückssimmel des alten Helden. Ewald war 10 Jahre alt, da erkrankte der Vater plötzlich und starb nach einigen Tagen bekränzten die deutschen Freiheitshelden den Verlust dieses Kameraden. Seit dem Tode des Vaters war manches anders geworden. Der ältere Bruder mußte nun ebenfalls auf die Recke, während die Mutter mit der Schweizer die Handgeschäfte versah. Ewald mußte schon früh aufstehen, um bei einem Bäcker Brötchen auszutragen, bevor er zur Schule ging. So wurde denn der kleine Ewald 14 Jahre. Nachdem er die Schule verlassen, kam er zu dem Bäckermeister in die Lehre. Als Ewald noch bei ihm Brötchen trug, hatte er von demselben erfahren, wie schön doch das Leben eines Bäckers sei, welch hoher Lohn er verdienen und daß es etwas leichtes sei, selbst Meister zu werden. Er habe sich das erste Mehl borgen müssen, sein Stück Möbel war kein und heut, ja heut kennt ihn keiner wieder. Zwei eigene Hörner, eine schöne Bäckerei mit drei Gebäuden und zwei Lebendlingen war sein Besitz. Wenn Ewald zu ihm käme, wie gut sollte er es haben und auch etwas ordentliches lernen. Wenn er dann als Geselle gut spart, könne er es so weit bringen, daß er als Meister nicht mehr zu arbeiten braucht.

Diese Schmeichelreden impozierten unserem jungen Freund gar sehr. Doch schon in den ersten Monaten seiner Lehrzeit mußte er gewahr werden, daß die Wirklichkeit ganz anders war, als sie der Meister geschildert hatte. Doch das kam bei Ewald weniger in Betracht, denn was er jetzt entbehren mußte, konnte er ja dann, wenn er selbst Meister war, doppelt genießen. Doch vor allem wollte er sparen, um seine alte Mutter einst gut unterstützen zu können.

Unter solchen und anderen Gedanken kam die Zeit, wo er Gefallen wurde. Auch dann noch hielt sich Ewald stets in der Nähe seiner Vaterstadt, um seine Lieben jederzeit besuchen zu können. Arbeiten und sparen war die Barke im Leben unseres Freunden. So wurde er denn 20 Jahre, Soldat brauchte er nicht zu werden, denn er hatte sich in den ersten Gelehrtenjahren einen schweren Leistenbruch gezogen. Seine Erfahrungen hielten die Zahl 1000 bereits erreicht und nun dachte er daran, selbst Meister zu werden. Aber dazu gehört auch eine Frau. Kaum 21 Jahre alt, da hatte er sie gefunden, seine Mathilde. Beide hielten sich Treue bis in den Tod geschworen.

Mathilde stammte aus angelehrter Bürgerfamilie, war gut erzogen und hatte sämtliche Arbeiten, welche ein Geschäft erforderte, gelernt. Auch hatte sie ein kleines Vermögen, und was die Hauptfache ist, sie war sehr fleißig, dor: außerordentlicher Schönheit. Purpurne Lippen belebten die Fülle blendend weißer Zahne; die rosigen Wangen, die dunkelblauen Augen, sowie die schön gewölbte Stirn wurden von tief schwarzen Locken umrahmt. Ihr schlanker Körperbau war vorzüglich ausgebildet. Seit sie Ewald kennengelernt hatte, war all ihr Tun und Treiben nur für ihn, sie liebte ihn mit der ganzen jugendlichen Liebe. Aber auch Ewald, der mittelgroße, kräftig gebaute, blonde junge Mann armete nur für Mathilde. Bissher hatte er die Liebe noch nicht kennen gelernt und vollgeprägt mit stolzen Plänen blickte er häufig in die Zukunft. An Mathildes Geburtstagfest des Jahres 1880, im Monat Mai, genossen die Liebenden ihr höchstes Glück. Sie erhielten den Segen der glücklichen Eltern zu ihrer Verlobung. Wenn sich das junge Paar so selig in die Augen sah oder in schwelgendem Glück die Straßen durchschritt und die Eltern lächelten ihnen nach, da konnte niemand ahnen, welch bitterer Schmerz das süße Glück der Liebenden durchströmte. Ewald sah sich nun nach einer für ihn passenden Bäckerei um, während Braut und Schwiegereltern die Vorbereitungen zur Hochzeit trafen. Wie gewöhnlich des Sonntags, war auch Ewald gestern bei seiner Braut. Seine sonst so gute Laune wollte die kleine Gesellschaft nicht in die gewohnte Stimmung bringen; ein ganz unheimliches Gefühl bewegte aller Gemüte. Von einem Spaziergang wurde an diesem Sonntage Abstand gen

Es verausgabten im Jahre 1904 für:

|                  | Organisationen | M       |
|------------------|----------------|---------|
| Bruttoverlusten  | 18             | 25.377  |
| Gehälter         | 62             | 367.557 |
| Betriebsmaterial | 61             | 409.966 |

Auch für das Jahr 1904 steht die Ausgabe für Streiks und Ausperrungen mit 5.714.222 M an erster Stelle. Im Jahre 1903 wurden hierfür 4.529.672 M verausgabt. Zugleich aber ist die Ausgabe für Unterstüzung der Mitglieder in Krankheit und Notfällen und bei Arbeitslosigkeit, sowie für Bildungszeitschriften relativ höher als im Jahre 1903. In diesem bezug die Auswendung für letztere zweite 75.406 M mehr, als die Ausgabe für Streiks und Ausperrungen. Im Jahre 1904 aber übersteigt die Ausgabe für Unterstüzung und Bildungsmittel die für Streiks und Ausperrungen um 469.244 M.

Der für die ersten verausgabte Betrag war stets in den Gewerkschaften höher als die Ausgabe für Streikunterstützung. In den Jahren 1891 bis 1904 verausgabten die Gewerkschaften für Unterstüzung und Bildung ihrer Mitglieder 11.754.201 M mehr als für Streiks und auch die von den Unternehmen in den letzten Jahren produzierten Arbeitslosunterstützungen vermaßen es nicht herbeizuführen, daß in einem der Jahre die letztere Ausgabe die erste übersteigt. Wir legen dieser Seite gewerkschaftlicher Tätigkeit nicht deswegen eine größere Bedeutung bei, weil wir beweisen wollen, daß die Gewerkschaften sich mit den gegenwärtigen Zuständen abgegrenzt haben und sich mehr und mehr der Unterstüzung und Bildung ihrer Mitglieder widmen, sondern es soll nur gezeigt werden, wie wenig wahr die Behauptung der Gegner der organisierten Arbeiterschaft ist, daß die Gewerkschaften nur Streikbereit seien. Das die Verbände trotz des Ausbaues des Unterstüzungswesens auch nicht das geringste von ihrem Kampfcharakter eingebüßt haben, zeigt nicht nur die ständige Erhöhung der Ausgaben für den unmittelbaren wirtschaftlichen Kampf, sondern wird auch durch die Streitfaktur so klar erwiesen, daß ein Zweck bei Vordringenden Arbeitern darüber nicht entscheiden kann, daß in der Lendenz der Gewerkschaften eine Rendierung nicht eintreten will und davon sind wir überzeugt, auch nicht eintreten wird, bevor nicht eine Rendierung der heute vorhandenen Produktionsweise Platzgriffen hat.

Gewiß, die Ausgaben für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung belaufen die einzelnen Gewerkschaften ganz entom. Zu den Seiten der Frage ist in vielen Organisationen eine Summe für Arbeitslosenunterstützung verausgabt worden, die vielen oberflächlich Urteilsschaffende bedenkt erscheinen mög. Doch sind diese Unterstüzungseinrichtungen Kaufleute, wie alle anderen Einrichtungen der Gewerkschaften. Sie sind gerichtet, ein Herausdrücken der Löhne zu verhindern, die ohne die Gewährung der notwendigsten Subsistenzmittel an die Arbeitslosen eintreten und schließlich ungünstige Arbeitsumstellungen notwendig machen würden, die eine höhere Belohnung der Gewerkschaften herbeiführen könnten, als es die Arbeitslosenunterstützung tut. Und diese Arbeitsumstellungen werden nicht geführt werden, um bessere Arbeitsbedingungen als die früher erlangten zu erhalten, sondern zu erhalten unterzuordnen werden, um das Betriebe wieder zu erhalten. Deswegen dient die Arbeitslosenunterstützung nicht allein humanitären Zwecken, sondern sie erweist sich auch als ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Arbeitsbedingungen.

Von dem Gesamtbudget bestand der Verband im Betrage von 16.109.903 M befindet sich in der Lasse des Bankenverbundes 4.374.013 M, des Maurerverbundes 2.030.681 M, des Metallarbeiterverbundes 1.543.553 M und des Holzarbeiterverbundes 1.452.215 M. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet halten am Schluß des Jahres 1904:

Rohstoffarbeiter 265.55, Handarbeiter (Schuh, Leder) 148.23, Maurer 112.22, Holzarbeiter 53.67, Metallarbeiter 39.49, Schuhmacher 29.74, Steinmetz 24.85, Buchdrucker 24.27,

Zigarettenarbeiter 22.94, Schiffszimmerer 21.17, Handelsbuchmacher 20.62, Büttenarbeiter und Steinbrüder 20.52, Bergarbeiter 20.37, Bildhauer 20.14, Sattler 19.88, Zimmerer 19.69, Werkarbeiter 19.63, Portefeuillier 19.07, Stoffarbeiter 18.11, Tapetierer 17.61, Lagerhalter 16.97, Maurer 16.23, Holzarbeiter 14.95, Schuharbeiter 14.67, Porzellinarbeiter 13.75, Schuhmacher 12.69, Maler 12.54, Kupferschmiede 12.40, Lederarbeiter 12.03, Buchdruckereihilfsarbeiter 11.93, Dachdecker 11.07, Müller 10.99, Asphaltarbeiter 10.82, Glaser 10.18, Goldwirkschäulen 10.02, Bergarbeiter 9.75, Steinmacher 9.75, Schuhmacher 9.65, Zertilarbeiter 8.98, Metallarbeiter 8.76, Ofenarbeiter 8.52, Bureauangestellte 7.89, Böttcher 7.15, Schneider 6.95, Bahnhofsarbeiter 6.65, Fabrikarbeiter 6.43, Bäcker 6.39, Barbier 6.12, Brauer 5.89, Labarbeiter 5.19, Schmiede 5.10, Konditor 5.02, Gärtnert 4.91, Zwilsmüller 4.45, Wälcherarbeiter 4.44, Glasarbeiter 4.37, Gemeindebetriebsarbeiter 4.02, Reichsmüller und Heizer 3.80, Gravurier und Ziseleure 3.40, Fleischer 3.07, Blumen- und Federarbeiter 2.78, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 2.68, Handlungsgeschäften 2.05 M.

Vergleiche mit den Vorjahren lassen sich bezüglich des Vermögensstandes der einzelnen Organisationen nicht ziehen, weil dieser Bestand grohem Wechsel unterworfen ist. In jedem Jahre finden wir Organisationen, die in der Reihenfolge für die Darstellung des Kostenbestandes pro Kopf der Mitglieder weit nach hinten rücken, während sie ein Jahr vorher mit an erster Stelle standen. Ein umfangreicher Kampf genügt, um eine Rendierung der Reihenfolge herbeizuführen. Es kann sich bei einer solchen Berechnung auch mit darum handeln, zu zeigen, wie groß die Zahl der Organisationen ist, die in einem bestimmten Jahre über genügend Vermögen verfügen, um einem Angriff der Unternehmer ruhig entgegenzutreten oder in einen Kampf einzutreten können, ohne von vornherein auf die Hilfe anderer Organisationen angewiesen zu sein. Ein solches Urteil zu ermöglichen, ist Zweck der Berechnung des Vermögensstandes pro Kopf der Mitglieder.

#### Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder.

|   | 1898  | 1900  | 1902  | 1903  | 1904  |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|
|   | M     | M     | M     | M     | M     |
| Bäcker                                    | —     | —     | 0.07  | 3.78  | 2.94  |
| Barbiere                                  | —     | —     | —     | —     | 0.53  |
| Bildhauer                                 | 9.38  | 10.21 | 23.57 | 15.09 | 10.35 |
| Böttcher                                  | 0.94  | *1.06 | *1.80 | *1.11 | *1.16 |
| Buchbinderei                              | *2.24 | *1.76 | *3.57 | *2.60 | *2.90 |
| Buchdrucker                               | 5.89  | 9.26  | 17.70 | 15.09 | 13.20 |
| Buchdrucker El.-Loft.                     | —     | —     | 4.34  | 3.13  | 3.11  |
| Buchdruckereihilfsarbeiter                | —     | 0.64  | 3.20  | 2.23  | 1.68  |
| Bureauangestellte                         | —     | —     | —     | —     | 0.85  |
| Cofraische                                | —     | —     | 8.56  | 3.05  | 0.96  |
| Glossarbeiter                             | 1.13  | 0.67  | 5.63  | 3.52  | 2.39  |
| Glaser                                    | 0.99  | 1.18  | 2.76  | 1.91  | 3.53  |
| Grundrente und Pidlene                    | 1.31  | 1.09  | 2.49  | 2.22  | 3.37  |
| Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter | 0.28  | 0.27  | 0.82  | 0.59  | 0.53  |
| Handschuharbeiter                         | —     | 0.06  | 0.24  | 0.27  | 0.25  |
| Holzindustrie                             | 2.48  | 9.71  | 16.18 | 5.22  | 8.98  |
| Holzarbeiter                              | —     | —     | —     | —     | 2.30  |
| Montagier                                 | 5.29  | 4.48  | 6.81  | 5.08  | 6.04  |
| Konditoren                                | 1.19  | 2.23  | 4.23  | 2.53  | 2.19  |
| Kupferschmiede                            | 2.72  | 3.37  | 9.57  | 6.66  | 4.55  |
| Leinwandarbeiter                          | 0.31  | 1.31  | 0.90  | 1.40  | 3.67  |
| Schuhmacher und Steinbrüder               | —     | 2.82  | 7.07  | 6.10  | 6.01  |
| Reichsmüller und Heizer                   | —     | —     | 0.98  | 2.13  | 1.74  |
| Metallarbeiter                            | —     | 0.50  | 2.84  | 2.06  | 2.27  |
| Müller                                    | —     | —     | 10.33 | 1.87  | 1.78  |
| Rohstoffarbeiter                          | —     | —     | 0.52  | 5.35  | 3.90  |

### III

Etwas kostete das, was sich in den letzten 24 Stunden ereignet hatte, kann sagen. Sicher hatte er die Tränen zurückgehalten, da es ihm möglich wäre, was er nur als triste Wirklichkeit vor sich sah. Doch jetzt war es mit seiner Kraft zu Ende. Seiner heiter und zufriedener strahlten die Tränen. Seiner tiefer neigte sich sein Haupt noch mehr, dem Gang zu, bis seine Tränen die kalten Beine des selben berührte. Wie wohl tut ihm die entzündende Stille, denn der Kopf drohte ihm vor Schmerz und Erschöpfung zu zerfallen. Nicht brauchte dazu Gepeinigte Unterstützung für seinen Schmerz. Ebenso unentzündlich wie seine qualende Schmerzen waren seine Tränen. Er bei hervorbrechender Dankbarkeit erhob sich Etwald. Langsam wie er gekommen, ging er wieder von dannen, hinaus in die kalte Nacht. Die Höhe des Tages hatte einer dünnen Gewitterwolke Platz gemacht. Dreieckige Wetterwölfe lagen in der Ferne empor. Großräude Donner und zuckende Blitze bildeten das nahende Unwetter. Ein heftiger Wind trieb die unheimlichen Wolkenmassen mit rasender Geschwindigkeit an. Menschen und Tiere suchten sich so schnell als möglich unter zu verbergen, denn alle wußten, daß dies ein Gewitter von jenseitiger Schwere werden würde. Nur einer wußte es nicht, sondern schritt unerschrocken durch. Stein Blitze, kein Donner hatte ihn zur Reaktion gebracht, auch der knurrende Regen vermochte nicht, das kalte Gemüt des unerhabten Mannes zu weichen. Es war Etwald, welcher glaubte, der Himmel beweine mit ihm den Verlust seiner Mutter. Lange schon waren seine Freunde verschwunden, seine treulichen Freunde war nicht er ihm und noch immer frischte der Regen. Da kam aus Etwald aus seinem Inneren ein lautes Lachen, das wurde sich seiner Erinnerung zu. Die unheimlichen Schmerzen waren vorbei.

Am nächsten Leben unter den hunderttausenden stümperhaften Menschen wollte er Verstärkung und Trost, denn in N. war für ihn keine bleibende Freude mehr. Dieser Schmerz gewann die Überhand und ließ weitere Freunde endgültig kennzeichnen. Niemand hatte Etwald sich je Zeit gegeben, da war er auch schon in tiefen Schlaf verfallen. Der Schmerz in der Brust, sowie in dem Herzen Etwalds hatte verschwunden, rührte vielmehr der Regen an das Herz des Schmerzenden. Der Regen kümmerte, und die Sonne wusch ihre Strahlen an die getrocknete Erde. Die Straßen hatten sich leicht. Gelähmte Menschen eilten hin und her. Nach in dem Haufe, in welchem mehr Freunde zusammenkamen, begann es sich zu regen.

|                    | 1898 | 1900 | 1902  | 1903  | 1904  |
|--------------------|------|------|-------|-------|-------|
|                    | M    | M    | M     | M     | M     |
| Porzellanarbeiter  | 3.77 | 4.91 | *6.08 | *8.93 | *2.76 |
| Sattler            | —    | —    | —     | —     | 0.62  |
| Schmiede           | —    | —    | —     | —     | 0.02  |
| Tafelarbeiter      | —    | —    | —     | —     | 0.62  |
| Bergarbeiter       | —    | —    | —     | —     | 0.91  |
| Werkarbeiter       | —    | —    | —     | —     | 0.43  |
| Zigarettenarbeiter | 4.59 | 5.55 | 10.45 | 6.89  | 4.93  |

Von den 63 Centralverbänden hatten 61 ein eigenes Verbandsorgane. Die Erscheinungszeit dieser Verbandsorgane war bei: 1 dreimal wöchentlich, 28 einmal wöchentlich, 2 dreimal monatlich, 16 vierzehntägig, 8 zweimal monatlich und bei 6 einmal monatlich. Zwei Verbände begegnen das Verbandsorgan für ihre Mitglieder von einer verwandten Verbandsorganisation. In 59 Verbänden wird das Verbandsorgan den Mitgliedern auf Rechnung der Verbandsklasse geliefert, in 4 Verbänden hatten die Mitglieder das Abonnementsgeld zu bezahlen. Die Auslage der Verbandsorgane im Jahre 1904 betrug für alle Organisationen 1.235.700 gegen 1.044.650 im Jahr 1903 und 816.420 im Jahre 1902.

Reiseunterstützung zählten 46 Verbände, Arbeitslosenunterstützung 38 (1903: 30), Krankenunterstützung 31 (1903: 21), Invalidenunterstützung 5 (1903: 5) und Unterstützung in Sterbefällen 39 Verbände.

In der Entwicklung der Beitragshöhe in den Verbänden ist im Jahre 1904 wiederum eine Verschärfung zu verzeichnen. Während 1903 noch drei Verbände einen Beitrag von weniger als 20 M pro Woche hatten, ist für 1904 nur noch eine Organisation zu verzeichnen, die einen solchen minimalen Beitrag erhebt. Das allmähliche Verschwinden der niedrigen Beitragssätze ist als ein wesentliches Zeichen des Fortschrittes der gewerkschaftlichen Organisation zu betrachten.

Mit Genugtuung und Befriedigung können wir die Ergebnisse der Gewerkschaftsstatistik für 1904 betrachten. Die Gewerkschaften sind in diesem Jahre ein gut Stück vorwärts gekommen. Und wenn sie heute auch in ihrer Gesamtheit noch nicht den Zugang und die innere Kraft besitzen, um an allen Stellen als die Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt zu werden und die Interessen der Arbeiter mit dem Nachdruck vertreten zu können, der erforderlich ist, die bestehenden Zustände umzugehören, so berechtigt das sichere Fortschreiten in ärgerter Ausdehnung und innerer Kräftigung doch zu der Hoffnung, daß sie in absehbarer Zeit sich die ihnen gebührende Position in der staatlichen Organisation und im Wirtschaftsleben eringen werden.

### Unsere Lohnbewegungen.

#### Lohnbewegung in Bürgel a. M.

Um 30. Juni fand in Bürgel bei Offenbach eine Versammlung für Meister und Gesellen statt, welche fast von allen in Bürgel beschäftigten Bäckereihilfen, aber nur von 2 Meistern besucht war. Der Kollege Leidig sprach in kurzen Worten über das Abkommen zwischen Meister und Gesellen in Offenbach, Dechenheim, Höchst, Frankfurt a. M. usw., und betonte, wie notwendig es sei, auch in Bürgel bestehende Zustände umzugehören, so berechtigt das sichere Fortschreiten in ärgerter Ausdehnung und innerer Kräftigung doch zu der Hoffnung, daß sie in absehbarer Zeit sich die ihnen gebührende Position in der staatlichen Organisation und im Wirtschaftsleben eringen werden. Diese Lohnbewegung in Bürgel ist eindeutig, halten nun alle Kollegen in Bürgel fest und treu zum Verbande, dann werden sie sich das Errungene auch erhalten.

Auch in Höchst a. M. haben jetzt alle Meister das Lohnabkommen unterzeichnet, dasselbe kann auch in Frankfurt und Offenbach erreicht werden, wenn nur einigermaßen planmäßig und zielbewußt gearbeitet würde, wozu es nun bald höchste Zeit wird.

Die Stettiner Bäckereinnung hat die Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgelehnt.

Der Lohnkommission ging folgendes Schreiben des Gewerbegerichts zu:  
Abichtung des Protolls der außerordentlichen Innungsvorlesung vom 20. Juni 1905.

Stein, den 21. Juni 1905.  
Der Obermeister eröffnet um 11 Uhr die Versammlung unter Mitteilung der Tagesordnung; erschienen sind 194 stimmberechtigte Innungsmitglieder. Nachdem das Protoll des vorigen außerordentlichen Versammlung sowie das des Vorstandsausschusses mit dem Gesellenausschuss unter Hinziehung von drei Gesellen vom Verband der Bäcker vom 30. Mai 1905 und die Abichtung einer Einigungskommission der Bäcker an das Gewerbegericht, um dasselbe als Einigungsamt in der jetzigen Lohnbewegung einzutragen, vorgelesen ist, berichtet der Einigungsamt über die Konferenz, bezüglich dieser Einigung mit dem Vorstand des Gewerbegerichts, welcher den Wunsch geäußert habe, daß eine Einigung vor dem Gewerbegericht zuvorliegende kommen möge. Dieses habe ebenfalls Veranlassung zur heutigen Versammlung gegeben.

Nachdem noch ein Ausblatt, unterzeichnet die Lohnkommission, worin der Einigung der Vorstand gemacht wird, daß derselbe hauptsächlich dorum zu tun sei, die Sache zu verhandeln, vorgelesen ist, welches von der Versammlung bestimmt wird, stellt der Obermeister den Punkt der Tagesordnung zur Debatte.

Kollege Stein wünscht, daß jeder seiner Meinung freien Ausdruck geben möge

Führ stellt den Antrag, die einzelnen Punkte der vorigen Tagessitzung nebst Beschlüssen vorzulegen und dann zu beschließen. Es wird demgemäß beschlossen:

1. Kost und Logis darf den Gesellen nicht mehr im Hause des Arbeitgebers gegeben werden, wird abgelehnt. Dafür stimmt Otto Beyer.
2. Minimallohn werden mit 7, 9 und 11 M per Woche festgesetzt. Ist von den Gesellen nicht gefordert, sondern von der Innung vorgeschlagen und entspricht den bisherigen Verhältnissen. Der Berichterstatter.)
3. Aufforarbeit; dieselbe findet in hiesigen Bäckereien nicht statt.
4. Sämtliche Löhne gelten als Wochenlöhne, wird angenommen.
5. Gesetzliche Überstunden sind mit 50 M per Stunde zu bezahlen; wird beschlossen: nach Vereinbarung für Mehrarbeit.
6. Lohnzahlungen finden Sonnabends, spätestens Sonntags nach vollbrachter Arbeit statt. Beschluss: nach Vereinbarung.
7. Darf vom 1. Festtag morgens 8 Uhr bis 2. Festtag abends 10 Uhr an allen drei hohen Festen in seiner Bäckerei gearbeitet werden; Beschluss: dieses hängt von der gesetzlichen Entscheidung der Regierung, betreffend eingerichteten Petitionen ab.
8. Der Arbeitsnachweis wird auf paritätischer Grundlage geregelt; Beschluss: derselbe soll in den Händen der Meister in der jeweils Art bestehen bleiben.
9. Regelung des Lehrlingswesens: steht die Innung auf dem Boden des Gesetzes, da dieselbe durchaus nicht zu viel Lehrlinge halte, (!) da auf circa 380 (?) D. Red. gewerbetreibende Bäcker in Stettin und Umgegend 226 Lehrlinge lourmen.

Alle übrigen Punkte werden abgelehnt.

Nachdem Gustav Recke nochmals seinen Antrag begründet und der Obermeister eine entsprechende Anfrage, ob sich in dieser Sache nochemand meldet, was nicht geschieht, läßt derselbe abstimmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Vorstand der Bäckerinnung zu Stettin.

J. A.: gez. E. Behrend, J. A.: gez. F. Führ,  
Obermeister. Schriftführer.

An den Vorsitzenden des Gewerbegerichts

Herrn Professor Laubengger zu Stettin.

Für richtige Abschrift: Krüger, Gerichtsschreiber.

Eine schroffere Abweisung des gesetzlichen Einigungsamtes ist kaum möglich. Nach der vorausgegangenen Verhandlungsratstil der Innung war etwas anderes kaum zu erwarten. Das obige Protokoll der Innungsversammlung ist, weil für die Oeffentlichkeit berechnet, sehr sachlich abgesetzt. Der krasse Herrenstandpunkt der Innung spricht aber doch aus jeder Zeile. „Die Verhältnisse der Bäckergesellen sind so ideale, daß alle Forderungen derselben unberechtigt sind!“ So sagen die Innungen, beweisen der Oeffentlichkeit jedoch sofort, indem sie von jetzt an 7, 9 und 11 M Minimallohn für 7 Nächte schwerer Arbeit „bewilligen“ wollen, wie traurig es bisher mit dem Lohn der Bäcker gesellen ausgesehen hat.

Die Bäckerinnung will nichts bewilligen, sie kann nicht begreifen, daß die Gesellen in Zukunft nicht mehr „nur Arbeitslose“ sein wollen. Die Bäckermeister müssen auch zum kleinsten Zugeständnis gezwungen werden, friedliche Verhandlungen fürchten sie, da die Zustände in den Bäckereien das Licht der Oeffentlichkeit nicht vertragen können.

Die Bäckergesellen und das konsumierende Publikum kann jedoch nur durch diese Ereignisse aufgeklärt werden.

Die Arbeiterschaft, die Hauptkonsumentin des Brotes, weiß, wen sie bei dem früher oder später mit Naturnotwendigkeit ausbrechenden Kampfe zu unterstützen hat.

Unsere Kollegen beschäftigten sich am 29. Juni mit der Ablehnung des Einigungsamtes des Stettiner Gewerbegerichts durch die Bäckerinnung. Der Referent Heschold-Berlin geizte in scharfen Worten das arbeiterfeindliche Verhalten der Innung und deren sozialpolitische Rückständigkeit. Er empfahl der Versammlung die größte Ruhe und Besonnenheit. Die Gesellen mögen der Meisterschaft nicht den Gefallen tun, in ungünstiger Zeit in den Streit einzutreten, sondern erwägen, in welcher Jahreszeit der Erfolg des Kampfes am sichersten sei. Richtig sei jetzt eine gründliche Aufklärung des Publikums über unsere Verhältnisse gegenüber der unvahren Darstellung der Innung in der bürgerlichen Presse, die von einem recht schlechten Gewissen der Meister zeuge. Trotz aller Prostitution soll noch einmal versucht werden, die Meisterschaft durch Vermittelung des Gewerbegerichts zu Verhandlungen genötigt zu machen. Sollte auch direkt Berich in der Hartlosigkeit der Bäckermeister scheitern, dann sei ein schwerer Kampf in kürzester Zeit, spätestens aber im kommenden Frühjahr unvermeidlich. Folgende Resolution fand in der Versammlung, ebenso wie in der vorangegangenen, ebenfalls außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung, einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der schroffen Ablehnung der Bäcker-Innung gegenüber dem Stettiner Gewerbegericht als Einigungsamt im jetzigen Lohnkomplexe. Diese ungemein arbeiterfeindliche Haltung der Innung sowie eine scheinbare Bewilligung von Lohnsätzen, die tatsächlich mit dem Durchschnitt der bisher gezahlten Löhne entsprechen, zeigt der Oeffentlichkeit, daß die Bäckermeister überhaupt nichts bewilligen wollen. Trotzdem erklärt die Gesellschaft, um zu zeigen, daß es ihr heilig Ernst ist, zur Vermeidung eines Streits ihr Neukästles beizutragen: Die Gesellen sind auch jetzt noch bereit, in Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten. Auch der Innung als Vertreterin des Berufes müßte daran gelegen sein, nicht mit dem Feuer zu spielen, nicht leichtfertig einen Kampf herauftreibewollen, der Meistern und Gesellen mit schweren Schädigungen bringen müßt. Die Lohnkommission wird daher beauftragt, nochmals durch Vermittelung des Gewerbegerichts an die Meisterschaft heranzutreten, um den Interessen der Gesellschaft entsprechend zu dienen, Verbesserungen für die Gesellen im Lohn- und Arbeitsverhältnis durch Verhandlungen zu erreichen. Sollte auch dieses Entgegenkommen der Gesellschaft am Starrsinn der Meisterschaft scheitern, dann trifft diese für einen österreichischen Kampf die alleinige Verantwortung vor der Oeffentlichkeit. Um letzteren sollte wird die Lohnkommission beauftragt, für die günstigste

Zeit eines Lohnkomplexes die Arbeitsniederlegung mit allen gesetzlichen Mitteln plantmäßig vorzubereiten. Als Voraussetzung für einen Siegreichsten Stand ist es wichtig bei Kollegen Stettins, ruhig, zielbewußt und geschlossen zur Sache der Organisation zu halten, die Berater genügen zu beachten und sie zu kennzeichnen, sowie alles, was zur Förderung und Stärkung der Organisation beitragen kann, freudig und gern auszuführen mit der festen Zuversicht auf den endlichen Sieg unserer gerechten Sache.“

### Abschluß der Lohnbewegung in Breslau.

Am Dienstag, den 4. Juli, fand eine öffentliche Versammlung der Kollegen im Gewerkschaftshaus statt, in der das Resultat der Innungsversammlung entgegengenommen wurde. Allesamt waren teil mit, daß die Innungsversammlung sich ganz auf den Boden des Vorstandes gestellt und weitere Zugeständnisse abgelehnt habe.

Die Abschaffung des Kost- und Logiswesens wurde rundweg abgelehnt, nur können verheiratete Gesellen auf ihren Wunsch davon befreit werden, die Ledigen müssen in Bezugnahme beim Meister bleiben. Die Lohnsätze mit ihren Lohnsätzen ist genehmigt, von diesen werden über 10 M die Woche für Kost und Logis in Abzug gebracht. Die Bezahlung der Überstunden ist abgelehnt; die Gesellen erhalten genug Weihnachtsgeschenke und dergl., daß man nicht noch Überarbeit bezahlen werde. Die Anerkennung des Verbandes wurde gleichfalls abgewiesen, einen Verband der Bäckergesellen kennen die Herren Meister nicht! Bei der Forderung auf tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen auf die Dauer von 2 Jahren, daß der Tarif an sichtbarer Stelle im Betriebe anzuhängen sei und daß Maßregelungen nicht vorkommen, versiegeln sich die Herren Innungsmeister zu der geistigen Höhe, dem Allgemeinen, der dieses Verlangen als ein gerechtfertigtes erklärte hatte, zurückzurufen: „Sicht Bäckergesellen seid wohl alle verrückt geworden?“ Auf dieser geistigen Höhe bewegte sich die ganze Versammlung der Breslauer Bäcker-Zwang-Innung.

Unsere Versammlung war mit diesem Resultat wenig zufrieden und die nächstfolgenden Redner, die Gesellenauslandsmitglieder, die Kollegen Ziegler, Macke, Spiller und Urban sprachen recht drastisch in dieser Weise ihre Meinung aus. Durch die Abrechnung von 10 M pro Woche für die Bezugnahme würden die Lohnverhältnisse nicht besser, sondern schlechter, und deshalb sei die Annahme der Lohnsätze kein Zugeständnis. Was ruhten überhaupt die Bewilligungen, wenn die Innung sich weigert, die Gesellenorganisation anzuerkennen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu vereinbaren. Es sei klar, die Innung glaubt, daß die Bäcker noch nicht so stark organisiert sind, daß sie einen Schlag gegen die Innung ausführen könnten, und sie deshalb mit ihnen machen können was sie wolle. Wenn die Kollegen es sich gefallen lassen, daß sie trotz ihrer beiderseitigen Forderungen für verrückt hingestellt werden, dann sei ihnen freilich nicht zu helfen. Die Kollegen werden aber doch zu der Einsicht gekommen sein, daß es endlich Zeit sei, gegen eine Innung, die sich hartnäckig den Wünschen der Gesellen verschließt, energisch Einstellung zu nehmen. Dazu gehört aber vor allem der Zusammenschluß bis auf den letzten Mann. Dann wird die Innung denn doch einen anderer Ton anschlagen müssen.

In einer daraus einstimmig angenommenen Resolution wird die Lohnkommission, die das Gewerbegericht schon angerufen hat, beauftragt, nochmals vor dem Einigungsamt durch Verhandlungen etwas zu erreichen zu versuchen und soll dies der lezte Schritt sein, der getan werden kann.

Über das Resultat dieser Verhandlungen und die Entscheidung hat eine bald daraus stehende Mitgliederversammlung des Verbands zu entscheiden.

### Aus unserem Bernfe.

Die Berliner Germania-Innung und deren Passenverwaltung vor dem Amtsgerichtsgebäude. Wie wir seinerzeit berichteten, hatte Herr Habild eine Beschwerde über die Passenführung dieser Innung an den Magistrat eingereicht, worüber ihm folgender Bescheid zuging:

#### Gewerbe-Deputation des Magistrats.

Berlin C. 2, den 17. Januar 1905.

Auf die Eingabe vom 4. d. M. erwidert wir Ihnen, daß nach den angestellten Ermittlungen die Geschäftsführung und die Kontrolle bei der Zeitungskasse eine mangelschäfe gewesen ist und es daher nicht ausgeschlossen erscheint, daß von Paetzl Unregelmäßigkeiten begangen sind. Die von uns angeordnete Revision und die gerichtlichen Erhebungen haben, wie aus den eingewiderten Gerichtsakten zu erkennen ist, nach dieser Richtung hin einen bestimmten Nachweis aber nicht erbracht. Ihre Behauptung, der angebliche Fehlbetrag sei durch die Vorstandsmitglieder des Centralverbandes gedreht worden, hat sich, wie in dem Bescheide des ersten Staatsanwalts vom 25. März d. J. des näheren ausgeführt wird, nicht bestätigt.

Nach den Rechnungsabschlüssen sind allerdings verschiedentlich aus der Innungskasse für die Zeitung nicht unverdächtliche Beträge gezahlt worden. Dies war auffallend erscheinen, da zur Belieferung der Kunden in erster Linie die Einnahmen für Passate usw. zu verwenden waren und auch nach dem Bericht des Innungsvorstandes dazu verbraucht worden sind. Eine Ausklärung hierüber konnte aber nicht erlangt werden und steht auch nicht zu erwarten, weil das Kassenbuch der Zeitungskasse für die fragliche Zeit verloren gegangen sein soll und nicht wieder aufzufinden gewesen ist. Bei dieser Sachlage haben wir mit Rücksicht darauf, daß durch die Verpachtung der Zeitung eine Besserung in den Verhältnissen eintreten wird, von weiteren Schritten Abstand genommen. Die Geschäftsführung der Bäckerinnung wird in Zukunft einer strengen Prüfung unterworfen werden. Es wäre seinerzeit Sache des gemäß § 57 des Innungstatuts vorgeschriebenen Rechnungsabschlusses gewesen, bei Prüfung der Rechnungsabschlüsse die Positionen zu beanstanden und eine Ausklärung herbeizuführen. Im übrigen ist für derartige Vor kommisse nicht allein der Obermeister, sondern der gesamte Vorstand verantwortlich zu machen, welcher statutengemäß die gesamte Verwaltung, insbesondere auch der Vermögensangelegenheiten wahrzunehmen hat. Die Angelegenheit §. gibt uns, zumal eine Unterschlagung nicht genügend nachgewiesen ist, nach den Ermittlungen keinen Anlaß zum Einschreiten gegen den Obermeister Bernhard. Sollte letzterer in anderer Beziehung seine Amtsbefugnisse nicht erfüllt oder überschritten haben, so muß Ihnen anheimgestellt werden, der Amtshabende unter Darlegung des

Sachverhaltes davon Kenntnis zu geben. Daß der frühere Obermeister Paetzl seines Amtes durch den Obermeister eigentümlich entsezt worden ist, ist durch nichts erwiesen. Sollte lediglich der Fall sein, so wäre es Pflicht des Beauftragten oder des Innungsvorstandes gewesen, gegen ein solches Verfahren Protest zu erheben. Die Anstellung des Paetzl als Redakteur der Bäckerzeitung gegen eine jährliche Entschädigung von 1500 M ist, wie der uns eingereichte Protocollauszug ergibt, ordnungsmäßig in der Innungsversammlung am 20. Juli 1903 erfolgt. Ob es unter den vorliegenden Umständen angebracht war, dem Paetzl ein anderes Amt zu übertragen, mag dahin gestellt bleiben. Bedenfalls halten wir uns nicht befugt, diesen Beschluss ohne weiteres zu bestanden, da unseres Erachtens hierin ein Eingriff in die der Innung geistlich angedane Selbstverwaltung zu erblicken wäre. Es muß Ihnen anheimgestellt werden, etwaige Bedenken in der Innungsversammlung geltend zu machen und eventl. eine anderweitige Beschlusssatzung herbeizuführen.

Die Erstattung bärer Auslagen an den Obermeister Bernard ist bereits von uns bei einer Revision der Innungskasse genehmigt und die Weiterzahlung unterfragt worden. Den Vorstand haben wir darauf hingewiesen, daß die Personen, welche durch Statut bereits eine bestimmte jährliche Entschädigung zugebilligt ist, nur Anspruch auf diesen Betrag haben und nicht für einzelne Umtagsgeholste — ausgenommen ist die Teilnahme an besonderen Feierlichkeiten, Veranstaltungen und dergl. — noch eine besondere Vergütung verlangen können. Lebzigens ist dies jetzt auch in dem unter dem 11. August 1904 genehmigten ersten Nachtrag zum Innungstatut zum Ausdruck gebracht. Krull.

Dieser Bescheid des Magistrats, den die „allen ehrlichen Bäckermann“ um Paetzl natürlich auch den Leser der Innungszeitungen unterzuladen werden, spricht Bände über die „Mästerlassensführung der stolzen Germania-Innung“!

Keiner Kommentar dazu ist überflüssig.

Die „Deutsche Bäckerei“ hat aber noch eine Unfrage an Herrn Bernhard und seine Männer, auf deren Antwort man gehofft sein kann. Seines Blatt schreibt:

„Im Monat Juni d. J. fand, wie alljährlich, ein Sommerfest seitens der Germania-Innung in der Hosenaalde statt. Hierzu waren in allererster Linie die Gesellen und Lehrlinge herzlich willkommen. Auch Heschold wäre lächelnd mit seiner Kolonne der Zutritt nicht verboten worden.

Wir sind immer der Meinung gewesen, daß die Überschüsse dieser Feste in die Innungskasse fließen. So den vorhergehenden Jahren ist dies nicht der Fall gewesen, wie uns genau versichert wurde. Ob nun in diesem Jahre dies ebenso gemacht wurde, können wir noch nicht sagen, weil das Sommerfest erst kurze Zeit hinter uns liegt. Es soll aber das Geld von den vorhergehenden Jahren in die Vorstandskasse geflossen sein. Als wir das Blatt „Vorstandskasse“ hörten, waren wir erstaunt. Was hat ein Vorstand, sei es bei einem Verein oder bei einer Innung, mit einer besonderen Kasse zu tun? Nach unserer Meinung hat der Vorstand seine Ausgaben aus der Innungskasse zu bedenken und die Überschüsse eines solchen Fests, wie die oben geschilderten, wo sich die Überschüsse vielleicht auf über 600—700 M belaufen, müssen auch in die Innungskasse fließen, da sie von der Allgemeinheit und nicht von den Vorstandsmitgliedern ausgebracht sind. Wenn sich hierüber die Germania-Zeitung äußern würde, wäre dies nur zum Vorteil der Innung.

Über diese neuartige Frage werden sich die Berliner Innungsführer wohl ein wenig hinter den Ohren kratzen!

Die gesetzliche Festlegung je einer Freizeit an den 3 hohen Festtagen in Ludwigshafen a. Rh. Auf eine Eingabe seitens des Verbandes an die Königl. Kreisregierung betr. Regelung der 3 Freizeitstage auf gesetzlichem Wege erließ die Regierung folgende Verordnung:

#### Sonntagsruhe im Bäckereigewerbe in Ludwigshafen a. Rh.

Durch Entschließung der Königl. Regierung vom 14. Juni d. J. wurde entsprechend einem Antrag des Bäckergebietsverbands dahier und in Einschränkung der Formular-Entschließung vom 28. Juni 1896 Nr. 1084 P — Kreisamtsblatt S. 61 — verfügt, daß im Stadtbezirk Ludwigshafen a. Rh. Bäckerei und Lehrlinge in den Bäckereibetrieben an den Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen und zwar in der Zeit von morgens 8 Uhr des 1. Feiertages bis abends 8 Uhr des 2. Feiertages nicht beschäftigt werden dürfen.

Ferner wurde auf Antrag von mehr als zwei Dritteln der Beteiligten Gewerbetreibenden gemäß § 41 b der St. G. A. angeordnet, daß in den Bäckereien der Stadt Ludwigshafen a. Rh. an den genannten Feiertagen während der bezeichneten Stunden der Gewerbebetrieb überhaupt zu ruhen habe.

Ludwigshafen, 24. Juni 1905.

#### Das Bürgermeisteramt.

Nun ist auch den Kollegen in Ludwigshafen, der ersten Stadt im Gaue Mainz, die Freizeit an Littera, Pfingsten und Weihnachten gesichert. Dem Verband ist dieer Erfolg nur zu danken, von Seiten des Gewerbevereins wurde in dieser Beziehung nicht das geringste unternommen, im Gegenteil, arbeitet man dort von gewissen Personen, mit den schwäbigen Mitteln gegen eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um die Kollegen zu überzeugen, daß nur allein der deutsche Bäckerverband es ist, der für eine Besserung der Verhältnisse eintut, weshalb sich jeder Kollege zur Pflicht machen müßte, sich demselben anzuschließen.

Patent-Bericht, mitgeteilt vom Patentanwalt Dr. Fritz Fuchs, diplomierte Chemiker, und Ingenieur Alfred Hamburger, Wien VII, Siebensterngasse 1. Ausfälle in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unen angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Österreich: Einspruch bis 1. September 1905. Kl. 2 a. Franz Xaver Kleinpeter, Professor in Wien. Kaufabzugsvorrichtung für Eisenbahnbäckerei. Der Eisenstein ist auf der Wagendiele derart verwendbar angebracht, daß er bei Aufrechthaltung der Verbindung mit dem Bäckofen nach beiden Fahrtrichtungen umgelegt und auch liegend angeordnet werden kann. Kl. 2 a. Richard Lehmann, Ingenieur in Dresden. Vorrichtung zum Doppeln von Brot- und Oblatengeback, bestehend aus zwei höhlen, im Inneren beibaren, mit je einer Backplatte versehenen Teilen, von welchen der Oberteil gegen den Unterteil aufzobbar an-

geordnet ist und mit seiner federnd angeordneten Backplatte gleichmäßig und mit gelindem Druck gegen das auf die Backplatte des Unterteiles gelegte, zu doppelnde Gebäck preßt. Vaklav Fabian, technischer Meister in Dabola (Böhmen). Maschine zum Kneten und Wischen von Teig. Die Seitenwände des ringförmigen Troges werden von Schaufeln derartig bestrichen, daß der Teig abwechselnd von einer Wand gegen die andere geschoben wird, wobei zwischen den Schaufeln Messer behufs Zerteilung der Teigmasse angeordnet sein können. Die Schaufeln sind an einem von der Anstrichseite abnehmbaren Tragkreuz angebracht, um den Teig in demselben Trog gären lassen zu können. — Ungarn. Einspruchstribüne bis 17. August 1905. Nr. 2344. Gustav Hefl, Fabrikant in Pirna. Versfahren zur Herstellung eines Broterzeugmittels aus Mehl, Fischfleisch und Kartoffeln. Nr. 1746. Firma: Cannstatter Mühle und Getreidemühlenfabrik, Cannstatter Dampfbackmaschine. — Deutsches Reich. Einspruchstribüne bis 22. August 1905. Nr. 2 a. Backofen mit drehbarem Backherd und Feuerleitung. Franz Bey, Charlottenburg. Nr. 2 a. Auf Aug'gängern laufende, drehbare Bodenplatte für Backöfen. Società Italiana dei Forni per Pano Genua. Einspruchstribüne bis 26. August 1905. Nr. 2 a. Rollenlager für herausziehbare Backofen-Herdplatten und deren Fahrgestelle. Albert Witz, Bochum. Gebrauchsmodell. Nr. 2 a. 253 948. Aus einem mit Absperrorgan versehenen Verbindungskanal bestehende Vorrichtung zum führen des Schwedens von einem Backraum zum anderen. Th. Speckhöfel, Hamburg.

## Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Essen. In einer heißen Redeschlacht kam es hier am 2. Juli in einer vom christlichen Verbände einberufenen öffentlichen Versammlung, in welcher Baad-Dortmund über die Frage: „Warum organisieren wir uns christlich?“ referierte, aber derartig feinlich, daß wohl jeden einen Referenten und dessen Ausführungen eine so häufige Rolle während der ganzen Diskussion gespielt hat, als es hier der Fall war. Statt auf die uns trennenden Tendenzen ausführlich und klärend einzugehen, stoppte Baad sein Referat mit all den alten Rufen vom Terrorismus und anderen Anschuldigungen gegen Mitglieder der freien Gewerkschaften voll, die in M.-Gladbach gesammelt und zusammenge stellt an die Apostel der christlichen Gewerkschaften abgeliefert werden und bei diesen dann eiserner Bestandteil in der Altersmappe gegen die „Freien“ bleiben, bis sie durch neu erzeugt werden. Damit will man dann beweisen, daß die freien Gewerkschaften ihren Zweck verfehlten und christlich gegründet werden müssen. Doch Baad hat noch ein Argument für die Berechtigung der christlichen Gewerkschaften. Weil nämlich die Unternehmer auch nicht sozialdemokratisch organisiert seien, deshalb dürfe auch eine Arbeitergewerkschaft nicht sozialdemokratisch sein. (Wer lohnt da?)

Zur Diskussion beantragt Brinkmann 15 Minuten Redezeit. Horst protestiert in Abwehr des herausfordernden Themas, den Gegnern die Rechtheit zu verleihen. Da wird dem Horst entgegengesetzt ½ Stunde gewährt. Horst protestiert, daß man ihm als Souleiter des freien Verbandes in dieser wichtigen Frage die Möglichkeit nehme, sich gründlich auszusprechen und überläßt den Kollegen die Entscheidung darüber, ob das gerecht gehandelt ist. Horst will seine halbe Stunde zu Recht strecken. Brinkmann protestiert dagegen. Da beantragt ein freudiger christlicher Gewerkschaftsleiter, dem Horst unbekannte Rechtheit zu gewähren. Es wird beschlossen. Bei dieser Debatte zeigt sich, daß, trotzdem ander Verband gerade eine außerordentlich gut befähigte Mitgliederversammlung führer als direkte öffentliche Befähigung hat, noch eine ganze Anzahl Anhänger meines Verbandes anwesend sind.

Horst kündigt zuerst die Sicherheit der ganzen Bevölkerung ausdrücklich. Gerade über (Soed) zieht am wichtigsten das Recht zu über Entgleisungen frei organisierten Kollegen eine Rundpredigt zu halten. Soed habe ihn angewiesen, daß er nur zum christlichen Verband übergetreten sei, weil seine Eltern gegen den freien Verband seien. Das sei Schimpftumperei. Seiner habe Soed seinerzeit in Münster den Souleiter des Sozialen gemacht, eine christliche Zukunft zu gründen und diese dann wieder aus dem Verband übertragen zu lassen, was für dieses ein Ideal zur Verfügung steht. Auch des bezüglich den Souleiter des Sozialen. Dann geht Horst in längeren Ausführungen auf den angeblichen und den eigentlichen Zweck der christlichen Gewerkschaftsvertrags ein und folgert daraus, daß jetzt eine von arbeiterfreundlicher Seite geprägte, die Verschärfung der Arbeiterschaft zur Freude der Unternehmer bestmöglichste Taktik sei, die als zynisch-schroff bezeichnet werden müsse. Er fordert die Kollegen auf, den Deutschen Bäckerverband beizutreten.

Briemann ist ganz erstaunt über die Stellung Soeds, der nun erstaunlich und der in einer höheren Revolution ganz anders gekommen habe. So der höchsteigenen Bedeutung habe man eine direkte Fortsetzung der Revolution gestrichen, bezüglich des heutigen Themas. Es kann sich zu nichts, jeder Größe sollte nicht vorgehen, daß er noch mal schriftlich werden sollte. (Dr. Dr. Weißer.)

Horst meint, wenn es keine bessere Fortsetzung der christlichen Gewerkschaften gibt, als sie der Christenheit angebotet habe, dann kann sie sicher nicht entbehrt werden. Das ganze Souleiter ist ihm viel zu feistlich und extremistisch, um Souleiter zu bestimmen. Er kennt andere Gründe und die sollte er hier benennen. Er geht nun in Plausibilisier, die ganze Revolution fortzuführen habe auf die ganze das treibenden Tendenzen ein. Deshalb das Fortsetzen an den politischen Parteien und dessen bestreite und unzulässige Fortsetzung durch die Gegner lebt er hier erstaunlich, denn große Herren liege der Unterschied. Wenn es sich über sozialdemokratische und soziale Gewerkschaften, sozialen Gewerkschaften geben es überhaupt nicht, und zwar genau Gewerkschaften und der von ihnen ausgeführten sozialen Verhandlungen bestimmt von der Partei eingesetzte sind. Es mag ich sei, solcher politischen Partei nur eine Unterwerfung vorsehbar, während wir die Revolutionen es der einzige von allen bürgerlichen Gruppen einzige Revolutionen erachten, während die Christen die bürgerlichen Gruppen erachten. Sie betrachten das aber, es liegt aber ihnen keine begründet, kein legitimiertes Grund für, wenn anders sie sich das Recht einer

politischen Meinung nicht selbst absprechen wollen. Politik sei ein weites Gebiet, das die Gewerkschaften als solche nur insoweit etwas angehe, als es die Interessenphäre derselben berühre. Die Gewerkschaftsinteressen seien aber Arbeiterinteressen und der Arbeiter müßte doch ein Esel sein, wenn er sich an deren Vertretung einer Partei verschreibe, die vom Unternehmertum abhängig sei. In den christlichen Lehren liege ein großer Widerspruch. Man lehre, die heutige moderne rücksichtslose Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter durch die Unternehmer sei eine Folge der materialistischen Weltanschauung der Leute. Deshalb müsse der Arbeiter diesem auf den Boden der christlichen Lehren entgegentreten. Glaube man denn, daß man dadurch das Unternehmertum von seinen materialistischen Anschaunungen abbringen werde? Oder wie will man diese Folgen abwenden? Das gehe nur, wenn der Arbeiter in gleicher Anschaunung als eine Klasse den Kampf gegen die Unternehmer führe. Die weiteren sozialistischen Anschaunungen über die Produktionsumwälzungen sei nur eine Konsequenz der industriellen Entwicklung. Das wolle man aber im christlichen Lager nicht, weil man es für richtig hält, daß einige wenige Personen als Unternehmer über Millionen Arbeiter nach ihrer Willkür verfügen können und aus deren Knochen sich ein Kapital von ungezählten Millionen erwerben. Hierin liegen die Handlangerdienste, welche die christlichen Führer dem Unternehmertum verrichten. Man verzerrt sich in schräger Berechnung der religiösen Empfindlichkeit gerade des arbeitenden Volkes hinter der Religion und hinter dieser lauern die politischen Machthaber. Man täte besser, sich mit diesen Lehren erst an das Unternehmertum zu wenden, damit dieses gegen die Arbeiter die christliche Nächstenliebe bringe. Da kennt man aber ganz genau die Ausdehnungskraft und deshalb sucht man den Arbeiter als den Dummen. Die Träger des Christentums könnten aber im Interesse desselben nichts dummem tun, als dasselbe ins politische und wirtschaftliche Kampfgetriebe hinabzusetzen. Denn in diesem Wingen würde es sich bald als zu schwach erweisen und ein um so schnelleres Ende finden. Brinkmann tut gerade, als ob die dreiorganisierten jedes Streben nach Selbständigkeit aufgegeben haben, das sei ganz falsch. Auch wir halten es für richtig, wenn die Kollegen in Abwehr der Unmöglichkeit, als Geselle eine Familie ernähren zu können, nach Selbständigkeit streben. Wir haben ihm ja in dieser Gesellschaftsform nichts anderes zu bieten und er habe beobachtet, daß in den Städten, wo unser Verband 50 und mehr Prozent organisiert habe, gerade von den organisierten Gesellen ein viel höherer Prozentsatz selbständig werde, als von den unorganisierten. Das sei auch ganz natürlich, denn die ernstlich über ihre Lage und ihr Fortkommen nachdenkenden Kollegen erkennen am ersten den Zweck des Verbandes und bringen es auch am ersten zur Selbständigkeit, während die leichtfertig dahinlebenden Gesellen weder das erste erkennen, noch es zum letzteren bringen. Redner schildert dann noch die Schwierigkeit des Zusammenarbeits zweier Organisationen, wenn man also mit Rücksicht auf die gesamte Kollegenschaft zusammenzugehen wolle. Die Cölnser Böhmewegung erinnert an frühere Zeiten und deshalb streben. Wir haben ihm ja in dieser Gesellschaftsform nichts anderes zu bieten und er habe beobachtet, daß es zwei Organisationen waren, um allerlei Leidenschaften verhindern von allen Böhmewegungen, die dieses Jahr stattfanden. Wir werden auch häufig zusammengehen, aber unserer Pflicht gemäß alle die daraus folgenden Schädlichkeiten den Kollegen klar machen. Redner schildert dann den gewaltigen Unterschied zwischen den Verbanden. Untererweis eine große, kapitalistische, viele Kämpfe und Erfolge aufwendende Organisation und darüber eine kleine, schwache, an Mitgliedern und Vermögen eine Organisation, die nicht leben und nicht sterben kann. gekämpfte Kämpfe für die Verbesserung der Lohns und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu führen. Er fordert die Kollegen auf, sich zu organisieren. Derjenige, der die Gründungsorganisation jenes Verbandes gesehen haben will und keinen Text auf die Leistungsfähigkeit der Organisation legt, sollte mir ruhig in den christlichen Verband eintreten. Der etwas klar denkende Kollege aber gehört in den Deutschen Bäckerverband.

Zu der jetzt fast vollständig bis auf ein Ende durstiger zu uns unerwarteten Versammlung grüßte noch auch ein Redner der Mitgliederversammlung vornehmender Mitglieder, jedoch wir immer mehr die ganze Versammlung betreffend. Nun eine der derzeitigste Rentenversicherungsforderung und Redner Ehr. Alois zu Halle. Auch er will, wie sein Vortreter, die Idee von höheren Gehaltszuwachen aus befürchten. Mönches vom Vortreter habe ihm gesagt und beweise, daß er nur nicht ehrlich bemüht habe, die christliche Gewerkschaftsvertrags zu studieren. Nur habe er den Begriff „Materialismus“ und „Klassenkampf“ sehr leicht definiert. Al. versteht nun, daß er an den Materialismus selbst nicht viel zu tüchtig vermag, den Materialisten zu jagen, um die Sichtungen des Vortreters darüber abzuschaffen, hat höchstens sehr viel Fach. Nur habe seine Weisheit. Materialismus hat mit materiellem nichts zu tun, sondern verstellt das Gegenstück der christlichen Weltanschauung. Der Arbeiter aber kann von dieser Weltanschauung aus seinen Besitzungen nachgehen, denn dann der Klassenkampf auf dem Boden des Materialismus werde der Arbeiter nie zu seinem Rechte kommen, weil der Unternehmer stets der Nächtere sein werde. Der Materialismus gefährde über unsere gesellschaftliche Erziehung. (Wie die Arbeiter auf dem Boden der christlichen Weltanschauung nur zu ihrem Rechte kommen werden, daß verhindert Al. ebenfalls.) Es ist richtig, daß ein großer Teil der Sozialen durch das gewerkschaftliche Gebiet betrachte, aber auch hier haben die Gewerkschaften kein Recht, zu politisieren, sondern müssen das der Öffentlichkeit überlassen. Al. suchte mir noch eine Welt in der Definition der einzelnen Begriffe herum und meint dass hörtlich, die Bäckerjedel betreffen ja so etwas gar nicht.

Horst meint sofort den Blödmann der Altenkirche. Eindeutig ist, daß „Materialismus“ mit „Materialien“ nichts zu tun haben soll, es ist darum, daß selbst ein Bäcker darüber lesen würde. Aber solchen Blödmann sollte man eben nur predigen, wenn man sich dabei denkt, die Bäcker betrachtige Gewerkschaften nicht zu verbieten. Mit ehrhafter Stimme sagt er fort: Herr Alois, Sie sagten, wir wüssten zu tun, um zu begreifen, daß „Materialismus“ mit „Materialien“ nichts zu tun habe. Herr Alois, Sie meinen Materialienarbeit. Sie sind heute noch Arbeitervereine. Sie sind heute noch Rebellen einer Tageszeitung, und der formale Sie hat noch einen Materialismus in weiter Sinne als wie der Geist der Verzweiflung, der Geist des Unglücks, die Verzweiflung der persönlichen Erfahrung Gottes?

Herr Alois, es ist Materialismus, wenn wir anstrengen gegen die Unannehmbarkeit der persönlichen Wille Gottes, es sei die Absicht des Weltköpfers, den großen Teil der Menschen im Elend verkommen zu lassen, während einige Wenige in Übersättigung frevelnd den Überfluss verprassen. Wenn wir den Armen sagen, es könnte ihr schuldbloses Elend nicht der Wille des Allmächtigen sein. Wenn wir sagen, daß ihnen doch die unendliche Gerechtigkeit Gottes gelehrt würde, also eine Gerechtigkeit mit dem göttlichen Attribut der Unendlichkeit, die wir Menschen ja gar nicht erfassen können und daß diese Gerechtigkeit unmöglich ein unschuldiges Kind an Unterernährung zugrunde gehen lassen würde, daß diese Gerechtigkeit unmöglich das namentlose Elend der darbenden Eltern dulde. Wenn wir sagen, rafft Euch zusammen, Arbeitbrüder, erlämpft Euch einen Anteil an den Kulturrerungsschäften; erlämpft Euch, was man Euch vorenthält und die Möglichkeit, als Mensch gleichberechtigt unter Menschen leben zu können, denn der Wille Gottes ist es nicht, daß Ihr zugrunde geht, um den Fleichen ihr Wohlleben zu erhöhen und sicher zu stellen! Der Wille Gottes kann nur der Bruder sein und nicht der Brudermord. Herr Alois, wenn wir so die Massen auffordern, organisiert an der materiellen Hebung ihrer Lage zu arbeiten, dann ist dies Materialismus. Also, Herr Alois, Sie wollen uns den Materialismus als etwas bodenlos schlechtes an die Rockhöhe hängen. Ja, wenn das Streben nach irdischer Gerechtigkeit verdammenswert wäre, dann würde auch ich mich mit Abscheu von einer solchen Anschaunung wenden. Aber es ist das ein Streben, so sittlich hoch, so edel, wie die leider schon unrechtsbare heilige Maxime des Christentums ist, nämlich die: daß die gesamten Menschen Brüder seien. In diesem Tone ging die Belohnung des Herrn Alois fort, bis der Ablauf der Redeschlacht dem ein Ende machte. Herr Alois wurde darauf ziemlich kleinlaut mit seinem Schulmeisterston und durfte recht lange an diese dummen Bäckergesellen denken. Der „große“ Referent stand mit seinem Schluswort überhaupt keine Beachtung mehr. Es ist doch traurig, wenn uns jemand erzählen will, warum er christlich organisiert ist und es selbst nicht weiß. Auf diese Redeschlacht können unsere Essener Freunde lange stolz sein.

Noch eine gefällig. Ihr Brüder in Christo!

Kiel. In der am Sonntag, den 2. Juli, abgehaltenen Mitgliederversammlung machte der 1. Vorsitzende bekannt, daß im Prozeß beim Oberlandesgericht wegen Entschädigung von 80 M. die Angeklagten 1. Vorsitzender Bäcker H. Rückbaum, 2. Gewerkschaftskartellvorz. Genosse Adam und 3. die „Schl.-Holst. Börszg.“ kostenlos freigesprochen wurden. Wie vor einiger Zeit die Angeklagten vom Landgericht zum Zahlung der Summe und Kosten verurteilt wurden, brachte die Meisterszeitung einen langen Sammelbericht über den großartigen Erfolg, daraufhin hat die Liebertafel der Bäckermeister sich einen gemütlichen Abend gemacht und ein Fest vom edlen Nas extra aufgestellt. Wenn nun die Herren vorigesmal gefangen haben das schöne Lied Nr. 267 „Nun danket alle Gott“, so möchten wir ihnen vorschlagen, nun das Liedenzlied „Dem Lenz entgegen“ zu singen, wo es heißt zum Schlus im 4. Vers: „Mag kommen, was da kommen mag, wir spotten jedem Vernichtungsschlag; Gerechtigkeit muß werden“; wir aber wollen uns keiner Illusion hingeben, da nunmehr das Reichsgericht sich mit der Sache beschäftigt wird. Im 2. Punkt wurde ein Mitglied wegen Böhrerückschlags ausgeschlossen. Als 3. Punkt stand Kartellbericht auf der Tagesordnung, welchen Kollege Mandelsoo ausführlich vorbrachte, speziell über Polizei-Hochschulurkunde, wie sie sind und sein müssten. Im 4. Punkt, Lohnfrage, wurde beschlossen, die Mitgliederversammlungen von nun ab in der Gewerkschaftshalle, welche am 1. Juli eröffnet wurde, stattfinden zu lassen. Im Verschiedenen wurde beschlossen, gegen den Bäckermeister H. Weine, welcher in der Börszeitung durch eine Annonce anlässlich seiner Geschäftsausweitung im Arbeiterviertel auf Unterstützung der Arbeiter appelliert, Schritte zu unternehmen, da er nicht bewilligt hat und sich seinerzeit ausgesetzt hat, er wurde auch nie bewilligt. Mag ja sein, daß er nun anderer Ansicht ist oder wird, da ihm die Arbeitergruppe wohl lieb sind und sie gebrauchen müßt. Wir wissen, daß er dort auf seinem neuen Betrieb recht „süß“ vorsteht und bewilligte Betriebe genügend vorhanden sind.

In Thorn wurde eine von 25 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung am 27. Juni im Lokale zur Ostbahnhof in Moller abgehalten. Tagesordnung: „Das brutale Verhalten der Thorner Bäckerinnung und wie verhalten wir Kollegen uns dazu.“ Referent Kollege Otto Nachigall-Berlin führte in wortigen Worten die Misshandlung eines unserer Kollegen und das herrenhafte Benehmen der Innung den Anwesenden vor Augen. Redner sprach scharf über den Zweck und Nutzen des Deutschen Bäckerverbandes und forderte die Thorner Bäckerinnung zu einem Verhandlungstermin auf, um die Sichtungen des Vortreters darüber abzuschaffen, nur nicht mit dem bloßen Zahlen der Beiträge sei schon alles getan, nein, nur durch ehrliche Agitation sei hier in diesen weit zurückgelegten Städten dasselbe, was in anderen Städten schon erreicht ist, auch zu erreichen. Sieben Kollegen liegen sich annehmen.

## Achtung für nach London reisende Kollegen.

Wir warnen hiermit alle nach London reisenden Kollegen vor nachstehenden sogenannten Bäckervermittlungen: 1. Triebel, Cablehowlandstreet 6; Großes deutsches Vermittlungsbureau Inhab. J. Voronet, Old Comptonstreet 49 Soho Square West; M. Goldner, High Holborn Nr. 62. Wir erklären hiermit, daß für deutsche Verbände Kollegen nur im Versammlungskontor, welches zugleich der Sitz der Londoner deutschen Bäckerbranche ist, im Commercial Bldgs Verein, Charlotte Street 107 West und bei Peter Geisen, German Street, Whitechapel, Arbeit und Unterhalt zu erfragen ist. In dieser Linie werden die Kollegen erachtet, sich nur an den Sekretär der 17. Branche der Amalgamated Union of Operative Bakers and Confectioners, Francis Mahinger, Charlotte Street 107 zu wenden.

Für das Comité der 17. Branche  
geg. Ludwig Lösch, 2. Sekretär,